



Wahlprogramm

von Bündnis 90/Die Grünen Kaarst zur Kommunalwahl 2009

eingbracht bei der Mitgliederversammlung am 24.11.2008

beschlossen bei der Mitgliederversammlung am 26.01.2009

Inhalt

Grußwort des Bürgermeisterkandidaten Robert Begerau

Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2004 bis 2009

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2009

Kinder, Jugend & Familie	8-12
Soziales	13-14
Alt & Jung	15-17
Kultur	18-19
Schule & Bildung	20-23
Umwelt & Agenda 21	24-30
Energie & Klimaschutz	31-34
Stadtentwicklung, Planung & Verkehr	34-47
Sport & Freizeit	48-50
Wirtschaft & Einzelhandel	51-55
Finanzen & Verwaltung	56-59
Querschnittpolitik: Grüne Grundsätze	60-62
Eine Welt	63-64

Ideen für Kaarst!

Liebe Kaarsterinnen und Kaarster,

als sachlich fundiert, ideenreich und verlässlich hat sich die Arbeit der Kaarster Grünen in den Jahren seit der Kommunalwahl 2004 erwiesen. Die fachliche Kompetenz und die Zusammensetzung der Fraktion mit Vertretern aller Altersstufen und unterschiedlicher vielfältiger beruflicher Hintergründe führten dazu, dass unsere Grüne Partei in der Stadt nicht mehr wegzudenken ist. Auf diesem Fundament lässt sich weiter aufbauen.

Das vorliegende Wahlprogramm gibt Ihnen Anhaltspunkte dafür, wie konsequent und zukunftsweisend unsere Arbeit auch in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt wird. Wie Probleme z.B. im Bereich der Umweltzerstörung, der Klimaveränderung und des demographischen Wandels auf lokaler Ebene durch sinnvolle Städteplanung, Schulstandortkonzeption, Familienunterstützung usw. nachhaltig angegangen werden können, ist hier ablesbar. Das Wahlprogramm gibt Ihnen die Möglichkeit, die Arbeit an unseren selbstgesteckten Zielen nachzuprüfen.

Unsere Ideen sind so gefragt, dass sie oftmals von der Mehrheitsfraktion übernommen werden und als eigene Ideen verkauft werden. Wollen Sie mehr Original und weniger Plagiate, tragen Sie dazu bei, die absolute Mehrheit dieser Partei zu brechen!

Kaarst ist eine wohlhabende Stadt mit vielen außerordentlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir vertreten die Auffassung, dass ihr Potenzial bei allen lebens- und lebenswerten Seiten, die sie besitzt, längst noch nicht ausgeschöpft ist. Diese Kreativität, diese Pffiffigkeit, Lebendigkeit und Einzigartigkeit ihrer Einwohner können und müssen angeregt und unterstützt werden. Dann erst erhebt sich unsere Stadt über den Rang einer Schlafstadt hinaus und kann Vorbild für andere Kommunen sein. In diesem Bereich Ideengeber und zündender Funke zu sein, soll den vornehmlichen Auftrag unserer Partei darstellen. Selbstverständlich dabei ist, dass wir auf Ihre Mitarbeit, Ihre Anregungen und Ideen hoffen, ja sogar angewiesen sind. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viele eigene Ideen bei der Lektüre und uns, dass wir Sie von unserem Programm überzeugen können.

Ihr Robert Begerau
Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen für das Amt des Bürgermeisters

Anträge der Kaarster Grünen

Liebe Kaarsterinnen und Kaarster,

im Folgenden finden Sie eine Auflistung aller Anträge der Kaarster Grünen in der vergangenen Wahlperiode (2004 bis 2009). Viele Anträge wurden abgelehnt, jedoch oftmals nicht aus sachlichen Gründen. Einige Anträge wurden nach einer gewissen Zeit von anderen Fraktionen aufgegriffen und doch noch umgesetzt. Die Auflistung zeigt: Wir leisten eine fundierte Arbeit in der Kaarster Kommunalpolitik und haben nachhaltige Visionen und Konzepte für die Stadt Kaarst.

Falls Sie ausführlichere Informationen zu einem der Anträge haben möchten, melden Sie sich einfach bei uns, wir schicken Ihnen gerne Informationen.

Ihr

Christian Gaumitz

Fraktionsvorsitzender

Anträge und Anfragen 2004 bis 2009

Kinder & Jugend

- Mitspracherecht für Schülervertretungen im Jugendhilfeausschuss – abgelehnt (2005)
- Vorst: mehr Geld für Spielgeräte (wird mit Verzögerung 2005 umgesetzt)
- Jugendfreizeiteinrichtung Vorst realisieren – abgelehnt von der CDU (2006)
- Handlungskonzept für einen besseren Kinderschutz in Kaarst (Antrag teilweise angenommen / 2007)
- Faire Kindergartenbeiträge – leider nicht Kaarst (2007 und 2008)
- Kinder und Jugendliche ernst nehmen und beteiligen – ein Jugendparlament für Kaarst! Antrag in der Beratung 2008/2009

Soziales

- Die Grünen fordern die Einsetzung eines ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten für Kaarst (2005) – abgelehnt von der CDU
- Lokale Bündnisse für Familien – die Situation der Familien in der Stadt soll verbessert werden (2005) – keine Unterstützung von Verwaltung und CDU
- Armutsbericht für Kaarst – die Grünen fordern einen Armutsbericht für Kaarst (2005) – nichts passiert
- Mehr sozialversicherungspflichtige Jobs sollen über die ARGE geschaffen werden (2005) – die Verwaltung bleibt untätig
- Faire Eintrittspreise für den Kaarster See – Grüne Initiative findet keine politische Mehrheit (2006)
- Grüne werben für das Fair Flower Label und wollen, dass die Stadt dies beim Einkauf berücksichtigt (2006)
- Grüne lehnen Explosion der Friedhofsgebühren ab – Sterben darf kein Luxus werden, CDU beschließt der Erhöhung um teilweise mehrere 100% (2006)
- Eltern-Kind-Arbeitsplatz im Rathaus schaffen – Verwaltung blockiert (2006)
- Schuldnerberatung in Kaarst ausweiten – Antrag erfolgreich (2007)
- AIDS-Beratung in Kaarst verstärkt bewerben – Vortrag im Ausschuss auf Anregung der Grünen (2007)
- Eine Kinderkrankenschwester soll junge Familien beraten und ein Willkommensgeschenk überreichen – es wird ein Präventionskonzept erarbeitet - Grüner Antrag teilweise umgesetzt (2007)
- Faire Staffelung bei Kindergartenbeiträgen – lehnt die CDU ab (2008)
- Mehr Geld für junge Familien, statt eine Alibi-Reihenhausprämie (2008)
- Jung und Alt spielen zusammen – ein Generationenspielplatz für Kaarst (2008) / Die Beratung läuft noch

Kultur

- Eine neue Städtepartnerschaft für Kaarst – Antrag abgelehnt (2004)
- Erhalt der Artothek, kein Ausverkauf der Kunst! – Antrag abgelehnt (2006)
- Erweiterung der städtischen Galerie Büttgen – Antrag abgelehnt (2008)

Schule

- IT-Konzepte für alle Schulen entwickeln – mittlerweile umgesetzt (2004)
- Rederecht für die Schülervertretungen im Schulausschuss – abgelehnt (2005)
- Offene Ganztagschulen beitragsfrei gestalten – Antrag abgelehnt (2006)
- Zukunft der Schulstandorte: Grundschule Stakerseite erhalten und Neubau (2005 bis 2008)

Umweltschutz

- Mit weniger Salz streuen, Umwelt schützen – Antrag abgelehnt (2004)
- Grüne werben für Tierschutz: kein Ei mit der 3! (2004 und folgende Jahre)
- Feinstaubkonzentration – wie hoch ist diese in Kaarst? Wir fragen nach (2005)
- Umrüstung der städtischen Fahrzeugflotte aus alternative Kraftstoffe – Antrag abgelehnt (2005)
- Bäume und Grünfläche an der Bismarckstraße (Holzbüttgen) erhalten! – teilweise sind die Grünen erfolgreich, es wird kein Baum gefällt (2006)
- Grundwasser: Grüne fordern (Finanzierungs)Konzept für Entschlammung des Nordkanals – Antrag abgelehnt (2006)
- Kaarst soll gentechnikfrei bleiben – Antrag abgelehnt (2007)
- Grüne pflanzen 2007 und 2008 anlässlich des Tag des Baumes einen großen Baum im Kaarster Stadtgebiet
- Grüne fordern Alleen für Kaarst – Antrag in Bearbeitung (2008)
- Stadt soll wieder Mitglied im Klimabündnis Allianza del Clima werden – abgelehnt (2008)
- Baumschutz in Kaarst ernst nehmen – Antrag in Bearbeitung (2008)
- Grüne greifen zum Spaten und pflanzen selber 150 Bäume! (Dezember 2007)

Klima & Energie

- Grüne fordern Energiebeauftragten für die Stadt(verwaltung) – abgelehnt! (2004-2009)
- Grüne fordern umfassendes Maßnahmenpaket zur Energieeinsparung (bis 2008 abgelehnt, dann endlich angenommen!)
- Stadt soll auf Ökostrom umsteigen – erst wird die Ausschreibung vorbei an der Politik gemacht und dann wieder RWE Atomstrom bezogen
- Energiesparkonzept an Kaarster Schulen – CDU kopiert Grünen Antrag und setzt diesen um (2007)
- Grüne unterstützen den Bau der ersten Kaarster Bürgersolaranlage (2008)

Verkehr

- Bus- und Bahnverkehr in Kaarst verbessern und besser abstimmen (2005)
- Flughafen Düsseldorf: Strikte Einhaltung des Nachtflugverbotes gefordert und keine Ausweitung des Flugbetriebes – Anträge abgelehnt (2005 bis 2008)
- Neue Wartehäuschen für Kaarst – Antrag mehrfach abgelehnt, jetzt gibt es endlich einen neuen Betreiber (2006 bis 2008)
- Tempo 30 Niederdonkerstraße – Antrag abgelehnt (2006)
- Flüsterasphalt auch für Kaarst – Antrag abgelehnt (2007)

Stadtentwicklung

- Ikea in Kaarst halten, aber nicht um jeden Preis (2004)
- Eine Querungshilfe für die Maubisstrasse (Höhe Sparkasse) – Antrag abgelehnt (2005)
- Schlichtwohnungen Danziger Straße: Neubau / wird zurzeit beraten (2006)
- Baugebiet Hubertusstraße kreativ und innovativ gestalten mit „Fünf Höfe“-Bebauung – Antrag abgelehnt – (2006)
- Stadtmitte: Branchenmix bewahren, Zukunft des Kaarster Einzelhandels sichern (2006)
- Grünfläche und Bäume an der Bismarckstraße erhalten – abgelehnt (2007)
- Ortsmitte Vorst: Bürger über Planungsstand informieren – abgelehnt (2008)

Sport

- Sportforum: Ausstieg aus dem „Fass ohne Boden“, das Geld (ca. eine halbe Mio.) soll lieber in den Sport für alle fließen – Antrag mehrfach abgelehnt (2004 bis 2008)
- Nutzungsentgelte für Sportler (Einnahmen ca. 15.000/a) lehnen wir ab – Antrag abgelehnt (2005)
- Faire und bezahlbare Eintrittspreise für alle zum Kaarster See – Antrag abgelehnt (2006)
- Neubau der Dreifachturnhalle in Kaarst – Antrag abgelehnt (2008)
- Renovierung der Kleinschwimmhalle

Verwaltung und Sonstiges

- Grüne setzen sich für den Erhalt der Sparkasse Kaarst-Büttgen ein (2005)
- Spritspar- und Fahrsicherheitstraining für Verwaltung – Antrag abgelehnt (2006)
- Moderne Amtssprache – Verwaltungssprache endlich verstehen! – Antrag abgelehnt (2006)

Kinder. Jugend. Familie. Wir wachsen.

Jugendarbeit in den Stadtteilen sichern und ausbauen. Kaarst fühlt sich der Kinder- und Jugendarbeit weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus verpflichtet. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip: wenn ein freier Träger eine Einrichtung nicht betreiben oder ein Angebot nicht anbieten kann, so muss die Stadt in diesem Aufgabenbereich aktiv werden.

Die Grünen setzen sich konsequent für die Sicherung der bestehenden Strukturen in der Kaarster Jugendarbeit ein. Gleichzeitig müssen Schwachstellen schnell ausgebessert werden. So gilt es, endlich **in der Vorster Ortsmitte ein Jugendzentrum zu errichten** für die Kinder und Jugendlichen, das pädagogisch begleitet wird und umfangreiche Öffnungszeiten auch am frühen Abend und am Wochenende anbietet. Es darf nicht nur Bauland an junge Familien verkauft werden, es muss auch die soziale Infrastruktur geschaffen werden. Jeder heute in die Jugendarbeit investierte Euro ist besser angelegt und mehr wert als Geld für Streetworker in sozialen Brennpunkten. **Prävention statt nachbessern!**

Ein Jugendzentrum für Vorst! Die Kaarster Grünen setzen sich seit vielen Jahren für die Errichtung eines Jugendzentrums in Vorst ein. Das jetzige Angebot ist nur minimal vorhanden, der „Tea Pot“ hat selten geöffnet und ist der katholischen Kirche angebunden. Weitere Angebote für Jugendliche im Ortsteil Vorst bestehen nicht. Trotzdem wurde durch die politische Mehrheit aus CDU, SPD, FDP und UWG und Verwaltung in den letzten Jahren eine Vielzahl von Baugebieten in Vorst ausgewiesen und insbesondere Grundstücke in der Vorster Ortsmitte gewinnbringend veräußert. Diese Einnahmen flossen in den allgemeinen Haushalt, die Errichtung der „sozialen Infrastruktur“ blieb jedoch auf der Strecke. Bestes Beispiel ist die über Jahre schleppende Umsetzung des Spielplatzes in Vorst. Der Bau eines Jugendzentrums ist in weite Ferne gerückt. Der Bürgermeister schlug sogar vor, das Projekt Jugendzentrum in der Priorität zurückzustufen. Dass ein echter Bedarf an einer Jugendarbeit in Vorst besteht zeigen nicht zuletzt die Beispiele, dass vermehrt Jugendliche auf andere Örtlichkeiten (z.B. Spielplätze) ausweichen und somit es zu Konflikten mit Anwohnern kommt. Die Jugendlichen haben keine Anlaufstelle, keinen Platz zum „rumhängen“. Für die Grünen ist es daher ein zentraler Punkt, bei der Planung der neuen Ortsmitte Vorst ein Angebot für Jugendliche berücksichtigt zu wissen. Mit der Realisierung der Ortsmitte in Vorst

sehen die Grünen eine neue Chance, die Jugendarbeit zu verankern. Die Grünen können sich vorstellen, dass in einem Ladenlokal in der neuen Ortsmitte ein Anlaufpunkt für die Jugendarbeit in Vorst entsteht. Die Grünen wollen die Jugendarbeit aus dem Keller in die Ortsmitte holen.

Auch in Büttgen muss das Angebot ausgebaut werden. Im Kaarster Westen gilt es ein neues Angebot zu schaffen, dabei dürfen Vorst und Kaarst-West nicht zusammengelegt werden, **Jugendzentren müssen fußläufig zu erreichen sein**. Für alle Jugendzentren fordern die Grünen **Qualitätsstandards**, die transparent darlegen, welche Leistungen angeboten werden; diese sollten auch einer unabhängigen Kontrolle unterliegen. Die städtische Förderung von Kinder- und Jugendprojekten muss ebenfalls in einen solchen Kriterienkatalog aufgenommen werden und enger an Projekte gebunden sein. Pauschalen müssen immer einen konkreten Bezug zu der Jugendarbeit in unserer Stadt Kaarst haben. Selbstverständlich müssen alle Jugendzentren ebenerdig und behindertengerecht gestaltet sein. **Internetcafés** in den Jugendzentren runden die Angebote ab. Die Angebote sollen Mädchen- und Jungenräume und –tage umfassen. **Probe- und Bandräume** sind zu erhalten und dem Angebot anzupassen, d.h. bei Bedarf auch das Angebot auszubauen.

Jugendliche verbinden. Für die Kaarster Jugendlichen soll im Internet eine Plattform zum Austausch und ein Informationsangebot geschaffen werden. Hier können Jugendliche Termine, Fahrpläne und alle Informationen für Veranstaltungen in und um Kaarst abrufen und einen Ansprechpartner für Probleme finden.

Die Fortsetzung von **Familienforen** befürworten Die Grünen ausdrücklich. Dabei sollen Familien aktiv in die Gestaltung ihres Umfeldes, ihres Lebensraumes einbezogen werden. (s. auch Bürgerbeteiligung).

Die **Schulsozialarbeit** soll mit der Jugendarbeit stärker vernetzt und die **Jugendberufsberatung** ausgebaut und städtischerseits bekannter gemacht werden. Ebenso setzen wir uns für vermehrte Aktionen in Bereich der **Suchtprävention** ein.

Kinder- und Jugendbeauftragter. Es soll aus dem vorhandenen Stellenpotential der Stadtverwaltung eine Ansprechpartnerin/ein Ansprechpartner für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt ernannt werden. So könnte diese Aufgabe der Stadtjugendpfleger übernehmen. Die/Der Beauftragte muss an allen Planungs- und anderen relevanten Entscheidungen beteiligt werden und die Interessen der Kinder

und Jugendlichen vertreten, gegenüber der Öffentlichkeit, der Verwaltung und der Politik, wozu auch eine Präsenz in den Ausschüssen gehören sollte.

Kindergarten. Die Grünen fordern einen **bedarfsgerechten Kindergartenplatz für jedes Kind** in Kaarst. Dabei soll es sich nicht nur um normale Betreuungsangebote handeln, sondern das Angebot von der Stadt gezielt sozial und ökologisch gefördert und vernetzt werden. Es sollen auch **alternative Betreuungsmodelle** (Stunden- und Tageweise) durch Netzwerke aufgebaut werden. Die Stadt soll diese Prozesse begleiten und unterstützen. Für die Stadt Kaarst muss es Ziel sein, die **Vereinbarkeit von Beruf und Kindern zu fördern** und verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen. Auch die **Betreuung für Kinder unter drei Jahren** muss an diesen Ansprüchen ausgerichtet und ausgebaut werden. Es soll ein **Waldkindergarten** geschaffen werden, bei dem die Naturpädagogik im Vordergrund steht.

Die Kaarster Grünen begrüßen grundsätzlich die **Neuordnung der Kindergartenbeiträge**, dabei ist 2007 ein alter Grüner Antrag berücksichtigt worden, den die Verwaltung und die CDU zwei Jahre davor noch abgelehnt haben. Nun wird eine zusätzliche Stufe bei den oberen Einkommensklassen (72.000 und 85.000 Euro brutto Jahreseinkommen) eingeführt und die unteren Einkommen bis 15.000 Euro brutto Jahreseinkommen komplett freigestellt. Gleichwohl fordern wir als Grüne eine weitere Einkommensklasse von 85.000 Euro einzufügen. Die Grünen sehen jedoch noch weiteren Handlungsbedarf und fordern die komplette Freistellung bis zu einer Einkommensklasse bis 35.000 Euro Jahreseinkommen. Ebenso fordern die Grünen, dass Eltern, die Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV), SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, von den Kindergartenbeiträgen freigestellt werden, da der Regelsatz keine Mittel für Kindergartenbeiträge vorsieht. Ebenso soll dem oben genannten Personenkreis, wenn dieser 35 und mehr Wochenstunden gebucht hat, eine Reduzierung der Beiträge für das Mittagessen auf 1 € gewährt werden. Gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind besonders darauf angewiesen eine Kindertagesstätte zu besuchen, um hier eine optimale Förderung zu bekommen. Mittelfristig sehen die Grünen immer noch das Ziel, **ganz auf Kindergartenbeiträge zu verzichten** und wollen dieses Ziel auch in der politischen Diskussion nicht aus den Augen verlieren, da ein Wandel in den Köpfen der Menschen stattfinden muss und der Stellenwert der Erziehung und Ausbildung mehr Gewicht erlangen sollte. Hierbei dürfen sich Bund und Land allerdings nicht aus der Mitverantwortung ziehen!

Abenteuer Spielplatz. Die Grünen fordern Spielplätze nicht nach DIN-genormten (Plastik)spielgeräten zu entwerfen. Die Kinder sollen mit Natürlichem in Kontakt kommen. So gehört nach unserem Verständnis ein Matschhügel mit Wasser ebenso auf jeden Spielplatz, auch Bäume und Weidensträucher für Verstecke und weitläufige Flächen zum Fangen und Versteckspielen. Die Spielplätze sollen von der Fläche her größer werden. Ebenso soll ein **Schlechtwetterspielplatz** geschaffen werden. Die „**Rollende Spielkiste**“ soll das Angebot ergänzen und für die Kinder vor Ort eine Bereicherung des Angebots darstellen. Generell soll der Trend dahin gehen, **größere, attraktive Spielplätze** vorzuhalten, statt an jeder Straßenecke nur einen lieblosen Sandkasten. Für zukünftige Generationen muss mehr Platz zum Spielen in echter Natur geschaffen werden. Außerdem setzen wir uns für die Schaffung eines **Generationenspielplatzes**, zum Beispiel in der Kaarster Stadtmitte ein – hier sind Alt & Jung zusammen bei Sport & Spiel.

Bolzplätze ausbauen. Immer näher ist die Wohnbebauung an viele Bolzplätze herangerückt, z.B. in Büttgen, hier muss ein neuer Bolzplatz entstehen. Es gilt die Bolzplätze weiter weg von der Wohnbebauung anzulegen und den Jugendlichen eine Chance zu geben, ohne die Anwohner zu stören, auch im Sommer abends noch zu bolzen. Dieses Angebot muss auch für Streetballfelder und Plätze für Funsportarten ausgebaut werden. Eine weitere Chance würde sich hier bei einem neuen geforderten Grüngürtel zwischen Holzbüttgen und Büttgen bieten (s. Umwelt).

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Wir fordern eine konsequente Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen bei der Stadtplanung (Umfeldgestaltung, nicht nur bei Spielplätzen). Unsere Stadt muss kinder- und jugendfreundlicher werden.

Jugend bestimmt mit. Mit dem Jugendforum, das maßgeblich auf die Initiative der Kaarster Grünen zurückgeht, wurde ein erster Schritt in Richtung Mitbestimmung durch Jugendliche getan. Doch nachdem die Politik das Jugendforum hat einschlafen lassen, fordern wir Grüne eine neue Form der Partizipation: Kaarst soll ein **Jugendparlament** bekommen. Oft wird der Vorwurf erhoben, Jugendliche seien heute „politikverdrossener“ als noch vor einigen Jahren. Die Ergebnisse einer Umfrage, die im April/Mai 2007 unter Kaarster Jugendlichen durchgeführt wurde,

bestätigen allerdings ein durchaus vorhandenes grundsätzliches Interesse an Politik bei einem wesentlichen Teil der Befragten: 1/3 der Jugendlichen äußerte sich auf die Frage, wie ihr allgemeines Interesse an Jugendpolitik sei, mit „stark interessiert“ oder „interessiert“. Jugendliche interessieren sich also sehr wohl insbesondere für die sie betreffenden Entscheidungen. Dieses Interesse kann durch die Möglichkeit der Mitwirkung am politischen Prozess gefördert, einem möglichen Desinteresse gleichzeitig präventiv entgegengewirkt werden. Mit der Möglichkeit, mehr mitzubestimmen, wird Jugendlichen gleichzeitig auch eine Mitverantwortung an Entscheidungen übertragen. Diese Beteiligung lässt eine neue, freiwillig gewählte Solidarität entstehen, die Jugendliche noch stärker an ihre Heimat bindet. Das Jugendparlament soll ein Ort sein, an dem Jugendliche ohne Anleitung oder Aufsicht Themen aufwerfen, Fragen stellen, sich austauschen und miteinander diskutieren können. Wir gehen davon aus, dass die Möglichkeit, sich aktiv politisch zu betätigen, eigene Ideen und Meinungen einzubringen und dabei von einer größeren Öffentlichkeit gehört zu werden, die Jugendlichen in ihrer Arbeit bestärken und motivieren wird und dass sich das Jugendparlament so zu einer festen lokalen Einflussgröße entwickelt; das Parlament darf keine „Alibi-Funktion“ erfüllen. Ein Umsetzung könnte wie folgt aussehen: Das Jugendparlament besteht aus 10 bis 15 Vertretern im Alter zwischen 12 und 20 Jahren, die alle 2 Jahre gewählt werden. Das Jugendparlament versteht sich als überparteiliche Vertretung der Interessen der Jugend gegenüber dem Stadtrat und berät diesen in jugendrelevanten Angelegenheiten. Es hat Rede- und Antragsrecht in allen Ausschüssen zu Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, ferner arbeitet es mit der Stadtverwaltung und der Presse zusammen. Das Jugendparlament ist eine Anlaufstelle für Ideen und Anregungen von anderen Kindern und Jugendlichen, die diesem Anträge vorschlagen können. Darüber hinaus könnten von Zeit zu Zeit eigene Veranstaltungen für Jugendliche durch das Parlament organisiert werden.

Soziales – Solidarität. Integration. Selbstbestimmung.

Moderne Sozialpolitik in Kaarst fußt auf **Solidarität, Integration und Selbstbestimmung** und soll allen Menschen gleiche Chancen und Perspektiven bieten. Für eine intakte soziale Infrastruktur darf es keine Benachteiligungen für Menschen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Herkunft geben. Die Grünen werden der immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich nicht tatenlos zusehen - es gilt das Solidaritätsprinzip.

Menschen, die arbeitslos sind und hierdurch oder durch andere Schicksalsschläge auf finanzielle Hilfe angewiesen sind, sollen Zugang zu einer fundierten, verständlichen, objektiven Beratung in einem offenen Klima bei der Stadt Kaarst erhalten. Diese Menschen dürfen nicht das Gefühl haben, diskriminiert oder abgeschreckt zu werden. Auch ist eine **barrierefreie Beratung** zum Beispiel für Behinderte, Gehörlose, aber auch MigrantInnenen mit Sprachbarrieren wichtig. Deshalb fordern wir, dass gerade Mitarbeiter in diesem Bereich besonders für die sensible Aufgabe geschult werden.

Ein **kommunaler Armutsbericht** für die Stadt soll die Wirkung von Maßnahmen aufzeigen und den Handlungsbedarf aufdecken. (s. auch Schuldnerberatung beim Kapitel Finanzen/Verwaltung)

Kaarst Pass. Die Grünen werden sich für die Einführung eines Kaarst Passes, in Form eines Couponheftes stark machen. So sollen Menschen, die Sozialleistungen erhalten, kostenlose bzw. verbilligte Eintrittskarten zum Schwimmbad, Kaarster See, Sport, VHS, Kabarett, und andere Vergünstigungen zur Verfügung gestellt werden. Dies trägt dazu bei, dass auch arme Menschen nicht vom kulturellen und sozialen Leben ausgeschlossen werden, dies gilt insbesondere auch für Rentner. Auch Neubürger/innen sollen zum Kennenlernen ihrer neuen Heimat eine Vergünstigung erhalten.

Schlichtwohnungen sollen in zentraler Lage sein, damit die alltäglichen Besorgungen zu Fuß erledigt werden können.

Kinder von ALG II-Empfängern erhalten derzeit bis zur 10. Klasse ein Leistungspaket zum Start eines Schuljahres, um z.B. Material anzuschaffen. Diese Leistung sollte von der Stadt Kaarst auch für Schüler ab der Jahrgangsstufe 11 übernommen werden, um die den Besuch weiterführender Schulen zu fördern.

Eine **Freiwilligenagentur** ist mit kommunaler Hilfe einzurichten. Die Stadt soll hier koordinierend tätig werden und sinnvolle Beschäftigung für Freizeit, zwischenmenschlicher Hilfe, Natur- und Umweltschutz, Soziales vermitteln. Auch können hier Menschen ihre ehrenamtliche Leistung anbieten, z.B. für Nachhilfeunterricht oder Betreuungsangebote und könnten so zum Beispiel Kinder oder sozial schwache Menschen vom Einsatz engagierter KaarsterInnen profitieren.

Ein **Second Hand-Betrieb**, z.B. in Zusammenarbeit mit der ARGE bzw. dem Rhein-Kreis Neuss könnte Arbeitslosen den Wiedereinstieg in den Job vereinfachen und gleichzeitig Soziales mit ökologischen Aspekten verbinden. Durch Recycling von Gegenständen und Reparatur statt Neukauf werden Ressourcen geschont. Solch ein **Qualifizierungsprojekt für Langzeitarbeitslose** könnte in Form eines **Sozialkaufhauses** mit Agendastandard umgesetzt werden. Dabei könnte Second Hand-Kleidung und Möbel, Holzspielzeug aus eigener Herstellung, ökologische und fair gehandelte Waren, und regional erzeugte bäuerliche Produkte unter einem Dach verkauft werden. Die Räume könnten für Veranstaltungen und Ausstellungen, als Treffpunkt für Agenda- und Eine-Welt-Gruppen, als offener Treffpunkt mit Waschgelegenheit und preisgünstigem Essen dienen.

Die Stadtverwaltung soll Vorbild sein im Bereich der **Teilzeitbeschäftigung** und der **beruflichen Weiterbildung**, vor allem aber bei **Ausbildungsplätzen** sein.

Eine weitere Möglichkeit für ein Projekt mit ausgesprochenem Synergieeffekt wäre eine **Energieberatung** für arme Menschen. Langzeitarbeitslose könnten sich im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme für die Beratung schulen lassen und Menschen, die Sozialleistungen empfangen, Kenntnisse über Einsparmöglichkeiten vermitteln. Die Stadt Kaarst könnte hierbei über die Stadtwerke Know-How beisteuern. Ähnliche Projekte gibt es in anderen Städten bereits.

Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Stadtwerke Kaarst Energiesperren bei SGB-Empfängern (im Zahlungsverzug) einstellen und Menschen nicht im Kalten sitzen lassen.

Alt & Jung. Zusammen in Kaarst.

Seniorenpolitik ist in Kaarst im Zuge des **demografischen Wandels** ein immer aktuelleres Thema. Daran wollen wir mit Jung und Alt arbeiten und in den einzelnen Stadtteilen **mehr Angebote für Senioren** schaffen. Unsere Gesellschaft wird nicht nur älter, sondern die Menschen wollen im Alter auch sehr viel mehr über sich und wie sie leben selbst bestimmen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung lehnt es ab, im Alter in einem anonymen Pflegeheim untergebracht zu werden. Wir wollen diesem Bedürfnis Rechnung tragen. Wir möchten die Strukturen in den Wohnquartieren so ausbauen und entwickeln, dass dieses selbst bestimmte Wohnen in häuslicher Umgebung auch bei altersgemäßen Einschränkungen möglich ist. Preiswertes und Generationen übergreifendes, stadtnahes Wohnen ist ebenfalls unsere Forderung. Es geht darum, in Würde alt zu werden und dafür muss die kommunale Infrastruktur an diesen Erfordernissen ausgerichtet werden.

Auf kommunaler Ebene müssen verschiedene Ressorts zusammen geführt werden und gemeinsam eine Wohn- und Sozialinfrastruktur entwickeln. Dazu gehören Wohnungswirtschaft, Stadtentwicklung, aber auch Pflegeanbieter und Sozialplanung. Davon ist auch die Verkehrsplanung betroffen (Barrierefreiheit) und Verkehrskonzepte um die Mobilität der alten – und jungen Menschen zu sichern. Natürlich gehören auch **Begegnungsmöglichkeiten und Freizeitangebote** zu unseren Zielen. Sie sollen der sozialen Isolation entgegenwirken und aus generationenübergreifenden Angeboten bestehen. Jung und Alt sollen sich begegnen und wenn möglich stärken und unterstützen. Alte Menschen wollen oder können nicht mehr so mobil mit dem Auto sein. Deshalb fordern wir eine Ausweitung eines bedarfsgerechten ÖPNV-Angebotes, das flexible Alternativen zum starren Buslinien-Angebot anbietet. Anruflinienbus, Anruflinientaxi, Anrufsammeltaxi, Tramp-Bus oder ein bedarfsgesteuertes Anruf-Bus-System sind nur einige Möglichkeiten.

Ein **Seniorenbeauftragter** für alle Belange der Zielgruppe in der Verwaltung und Ansprechpartner für die Bevölkerung, wurde bislang nicht eingeführt. Wir fordern weiterhin einen Ansprechpartner, der sich für die Interessen älterer Kaarsterinnen und Kaarster einsetzt. Ergänzend soll ein **Seniorenbüro** eingerichtet werden, das Informations- und Öffentlichkeitsarbeit betreibt, die Beteiligung an Planungsprozessen organisiert, die Stärkung der Mitwirkung und Selbstorganisation fördert, die Pflegeberatung, spezielle Beratung für ältere ausländische Mitbürger (in

enger Zusammenarbeit mit dem von Grünen ebenfalls geforderten Ausländerbeauftragten, s. Ausländer) und Organisation von Seniorenforen in den Stadtteilen forciert. Die/Der Beauftragte muss an allen Planungs- und anderen relevanten Entscheidungen beteiligt werden und die Interessen der Senior/innen vertreten, gegenüber der Öffentlichkeit, der Verwaltung und der Politik, wozu auch eine Präsenz in den Ausschüssen gehören sollte.

Eine **Seniorenbefragung** ist durchzuführen, um die Bedürfnisse und Wünsche der Senioren in Kaarst zu ermitteln. **Hausgemeinschaften** z.B. für Demenzerkrankte statt „klassischer Altenpflege“ im Heim, dies soll die Stadt bewerben, unterstützen und Kontakte vermitteln. Die Stadt trägt auch die Verantwortung für die Sicherung wohnungsnaher Angebote mit Gütern und Dienstleistungen. Besonders beworben werden sollen Barrierefreiheit in Wohnung und Wohnumfeld, Ausstattung der Wohnquartiere mit differenzierten Hilfs-, Betreuungs- und Pflegeangeboten. Dazu gehört die aktiv vermittelnde **kommunale Wohnungstauschbörse**, Wohnraumanpassung sowie allg. Wohnberatung. Hierbei sind **alternative Wohnformen** gleichberechtigt mit zu berücksichtigen. Gemeinschaftliche Flächen sollen örtlichen sozialen, kulturellen, kommunikativen Alltagsangeboten dienen, eine ansprechende „Möblierung“ des Stadtbildes zum Beispiel durch weitere Bänke ist anzustreben.

Eine **Ehrenamtlichenagentur** (s. Soziales), die zur Vermittlung noch aktiver Senioren geeignet ist, Kindern und Jugendlichen (Nachbarschaftshilfen) zu helfen, sollte von der Stadt unterstützt werden. Dabei steht die Förderung des Generationenaustauschs (Patenschaften, ehrenamtliche Betreuungsangebote) ebenso im Rahmen dessen. **Ambulante Betreuung und Pflege** soll vor den Betreuungen in Alten- oder Pflegeheimen stehen, hier soll das Informationsangebot der Stadt und des Seniorenbüros bzw. –beauftragten einsetzen. Die **Seniorentreffs** sollen ausgebaut und seitens der Stadt für ihre Programme z.B. in einer gemeinsamen Publikation geworben werden.

Multifunktionale Nutzung von Gebäuden: so könnte ein heute bestehender Kindergarten in 10 oder 20 Jahren als Seniorenzentrum genutzt werden. Dies setzt nachhaltige bauliche und funktionelle Planungen voraus, die Die Grünen in diesem Bereich einfordern. Zum Beispiel könnte z.B. die Grundschule an der Bussardstraße nach Auslaufen des Schulbetriebes (s. Bereich Schule) für Seniorenwohnungen umgebaut werden.

Generationenspielplatz. Wir fordern in zentraler Lage in Kaarst einen Generationenspielplatz. Vor über 20 Jahren entstanden in China im Geiste der „Traditionellen Chinesischen Medizin“ die ersten Generationen-Spielplätze, bzw. Outdoor-Fitnessparks für das regelmäßige Körpertraining. Inzwischen gehören diese Spielplätze in Spanien, Frankreich, Skandinavien und auch immer mehr in Deutschland zum Stadtbild. Heutige Senior/innen sind aktiv und wollen sich ihre Gesundheit lange erhalten. Durch regelmäßiges zielgerichtetes Training lässt sich der Prozess des Nachlassens der körperlichen Fähigkeiten stoppen. Die Gelegenheit dort Kontakte zu knüpfen, auch zu Jugendlichen und Kindern ist ein durchaus wichtiger Punkt für einen Generationen-Spielplatz. Er ist ein Freizeitangebot in der Art eines Trimm-Dich-Pfades in öffentlichen Anlagen oder Parks und ist speziell auf Aktivitäten älterer Menschen ausgerichtet. Die Ausstattung besteht aus verschiedenen Übungsgeräten, die Muskeln, Beweglichkeit und Gleichgewicht trainieren sollen. Die Forderung nach Raum zur körperlichen Bewegung im öffentlichen Raum gilt normalerweise nur für Kinder und Jugendliche. Wir fordern für die ältere Generation einen Platz, an dem man seine Kondition „so im Vorbeigehen“ trainieren und erhalten kann. Anbieten würde sich ein Teilstück des Sportplatzes am Schulzentrum. Bei einem Spaziergang durch den Stadtpark bietet sich eine „sportliche Unterbrechung“ förmlich an.

Kultur in Kaarst. Erstklassig. Vielseitig. Bunt.

Das Kaarster Kleinkunst- und Kabarettprogramm ist seit Jahren erstklassig. Dennoch gilt es, darüber hinaus auch andere Kulturbereiche stärker zu fördern. Die Grünen wollen **junge Künstler** und eigenständige Ausstellungen und Projekte fördern, dabei sollen **weniger Richtlinien von Politik und Verwaltung** auferlegt werden. Weniger Verwaltung, mehr Kunst!

Dabei dürfen die wirtschaftlichen Aspekte die Kultur nicht auffressen. Auch im Bereich der Kultur muss die Stadt ihre Zusagen einhalten und den weichen Standortfaktor als natürlichen Bestandteil des Lebens begreifen. Die bestehenden Institutionen leben durch ehrenamtliches Engagement, das gar nicht hoch genug eingeschätzt und gewürdigt werden kann, dies wollen wir – als ehrenamtliche Kommunalpolitiker – unterstützen und weitere Verbesserungsvorschläge und Kritikpunkte aufgreifen.

Die Grünen wollen die **Rathäuser auch für „Nicht-Profis“ / Hobbykünstler öffnen**, ein möglichst breites und unterschiedliches künstlerisches Angebot soll in den öffentlichen Gebäuden gezeigt werden, Ausstellungsmöglichkeiten dürfen dabei nicht nur auf einige wenige Aussteller („Profis“ und „Semi-Profis“) beschränkt sein.

Die Angebote in den **Bibliotheken** sollen ausgebaut werden und auch ein jüngeres Publikum durch das Angebot von neuen Medien ansprechen. So sollen DVDs und andere moderne Medien in den Bestand aufgenommen werden. **Internetterminals** sollen das Angebot abrunden.

Eine eigene **Stadthalle** halten die Kaarster Grünen für nicht finanzierbar. Stattdessen sollen die vorhandenen Kapazitäten besser ausgelastet werden, es soll ein **zentrales Gebäude- und Belegungsmanagement** geben, wo z.B. im Internet freie Kapazitäten (z.B. für private Feiern) jederzeit abrufbar sind. Dabei darf jedoch nicht der Schulbetrieb unter externen Veranstaltungen leiden. Vorhandene Kapazitäten von Dritten, zum Beispiel Kirchen, sollten hierbei auch möglichst aktiviert werden.

Junge Künstler gilt es besonders zu fördern, daher fordern die Grünen extra Mittel für die Förderung von jungen Künstler für Kunstaktionen und Ausstellungen. So sollte es einen Kinder- und **Jugendkulturtag** in Kaarst geben, der alle jungen Kunstschaffenden zusammenbringt und das Kulturleben in Kaarst neben den etablierten Veranstaltungen bereichert.

Auch **neue Medien** sollen gefördert werden. Bei der Film- und Videokunst zum Beispiel ist in Kaarst viel Potential vorhanden („Kaarster Kurzfilmfest“) und sollte dieser Bereich stärker gefördert werden. Neben städtischen Einrichtungen sollen auch weiterhin Veranstaltungen privater Anbieter öffentlich gefördert werden, so zum Beispiel Konzerte der Kaarster Musikschule.

Wir wollen für Kaarst eine **andere Feierkultur** ermöglichen, auch ohne rein kommerzielle Feste und Verkaufsveranstaltungen. Kultur und bewusstes Erleben sollen im Vordergrund stehen, ein Kontrast zum lauten Kaarst Total. So könnten Schwerpunkte anderer Veranstaltungen *slow food*, das *leise Kaarst* oder Kaarst Na(h)-t(o)ur sein.

Denkmalschutz darf sich nicht auf gesetzliche Standards beschränken. So sollen in der Stadt gemeinsam mit den Eigentümern auch **Gebäudefassaden erhalten** werden, die nicht unter Denkmalschutz stehen, gleichwohl aber den Charakter der Stadt prägen und erhaltenswert sind, wie zum Beispiel einige Häuser entlang der Maubisstrasse. Ein **städtisches Förderprogramm** soll hierzu ins Leben gerufen werden. Der **Nordkanal** muss endlich zum **Bodendenkmal** erklärt werden. Dabei steht der Erhalt und die Pflege des Nordkanals im Mittelpunkt, aber ebenso eine Einbindung ins aktive Kaarster Kulturleben, wie es Wilhelm Schiefer mit seinem Brückenkunstwerk geschafft hat. Einer **Kulturlandschaft im Vorster Wald** stehen Die Grünen generell positiv gegenüber, besonderen Wert legen wir dabei auf die allgemeine Zugänglichkeit für alle und warten gespannt weitere Planungen ab.

Artothek. Die Entwicklungslinie der Kaarster Kunst soll anhand der Artothek erkennbar sein. Wenn Entleiher Bilder kaufen wollen, soll die Stadt den Kontakt zwischen dem Künstler und dem Interessenten herstellen. Ein Ausverkauf der Artothek lehnen Die Grünen ab und sehen die Artothek als einen Bestandteil der Kaarster Kulturdocumentation an.

Kriegerdenkmäler sind in jedem Ortsteil vorhanden. In Büttgen am Luisenplatz steht ein für den unbedarften Betrachter merkwürdig anmutendes Denkmal, das einer zusätzlichen erklärenden Tafel bedarf. Hier wird Gedankengut, welches stark an die nationalsozialistische Ära erinnert, offen – ohne jegliche Reflektion – zur Schau gestellt. Eine erklärende Informationstafel zur Geschichte des Denkmals in Zusammenarbeit mit den Anwohnern, der Künstlerfamilie, der Schützen, der Stadt und Historikern ist erforderlich.

Schule und Bildung. Wir sagen: Schule = Bildung.

Den Grünen liegen die Kaarster Schulen sehr am Herzen. In den vergangenen Jahren haben wir uns vehement für die Interessen der Kaarster Schüler eingesetzt.

Den Maßnahmen der Landesregierung, Schulen immer stärker am Bedarf des Arbeitsmarktes auszurichten, wie es an der Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien und der Einführung der Kopfnoten ablesbar ist, gilt es, alle Konzepte, die den Bildungsgedanken vertreten, entgegenzuhalten. Schule muss primär der Persönlichkeitsbildung verpflichtet sein!

Schulstandorte. In Zukunft ist es bei sinkenden Schülerzahlen erst recht erforderlich, eine ehrliche, realistische und weit vorausschauende Planung der Schulstandorte durchzuführen. Dabei ist dem Fakt der sinkenden Schülerzahlen ebenso Rechnung zu tragen wie der Aufgabe, ein möglichst breit gefächertes Angebot im Schulbereich vorzuhalten. Noch stehen Entscheidungen bezüglich des Erhalts bzw. der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule in Büttgen und der möglichen Zusammenlegung bzw. Umstrukturierung der Gymnasien nicht unmittelbar bevor, auf der Ebene der Grundschulen sind aber Entscheidungen in naher Zukunft fällig. Nachdem in Büttgen die Zusammenlegung der beiden Grundschulen vollzogen wurde, stehen auch für den Stadtteil Kaarst zeitnah Veränderungen an.

- Wir setzen uns für den **Erhalt der Grundschule Stakerseite in der Stadtmitte** ein und fordern nach wie vor einen **Neubau am jetzigen Standort**. Eine zentrale Lage, Nachhaltigkeit, gute Erreichbarkeit, Energieeinsparung, all dies spricht für den Erhalt der „Stakerseite“.
- Nachdem unzureichende Anmeldezahlen zum Auslaufen der Grundschule an der Bussardstraße geführt haben, schlagen wir vor, das Gebäude einer anderen Nutzung, etwa als Seniorenwohnheim, zuzuführen.

Die CDU hält sich bezüglich ihrer Zielsetzungen bedeckt. Einzelne Aussagen lassen vermuten, dass sie das Zentrum schulfrei und sportplatzfrei halten möchte: Zuerst fällt die GGS Stakerseite und danach das Albert-Einstein-Gymnasium.

Wir sind für den Erhalt beider Schulen in der Stadtmitte!

- Die jetzigen Jahrgangsstufen 8 beider Gymnasien machen nach 12 Jahren im Jahr 2013 Abitur. Das Georg-Büchner-Gymnasium hat den Antrag gestellt, zum Schuljahr 2009/2010 ein Ganztagsgymnasium zu werden. Beides führt dazu, dass die Schülerzahlen und –ströme an den Gymnasien sich verändern werden.

Auf Grund des stetigen Drucks der Grünen ist in den letzten Jahren die Erkenntnis bei den anderen Parteien gewachsen, dass die Ausstattung in vielen Kaarster Schulen modernisiert werden muss.

So gibt es jetzt endlich Konzepte zur **Modernisierung der naturwissenschaftlichen Räume** und der Computerräume an den weiterbildenden Schulen.

Die Grünen fordern ein verstärktes Engagement der Stadt im Bereich der **Reformpädagogik**. Stadtrat und Stadtverwaltung sollen hierbei den Schulen beratend zur Seite stehen und sie aktiv ermutigen, diesen Weg zu gehen.

Flexibilität im Beruf verlangt flexible Formen einer eltern- und kindgerechten Kinderbetreuung. Deshalb existiert an jeder Kaarster Grundschule das Angebot zur **Ganztagsbetreuung durch offene Ganztagsgrundschulen**. Schulen sollen den ganzen Tag ein Ort des Lernens und der Begegnung sein. Den Kindern und Jugendlichen vielfältige Lernerlebnisse, Anregungen und soziale Kontakte ermöglichen, Praktiker sollen den Unterricht bereichern (Umwelt- und Ernährungspädagogik, Verbraucherschutz, Sportvereine, Kultur, Chöre, etc.). In einer offenen Schule findet Lernen nicht nur in der Schule statt. Deshalb sollen sich Schulen zu ihrer Umwelt öffnen. Dies ist gleichzeitig eine Chance, neue Schulkonzepte anzuwenden. Die offene Ganztagsgrundschule ist der Schritt in die richtige Richtung. Unser Ziel ist die Errichtung mindestens einer **gebundenen Ganztagsgrundschule** in Kaarst, mit durchgängig rhythmisierten Angeboten von Unterricht und außerunterrichtlichen Aktivitäten, an denen alle Schüler/innen von 8 bis 16 Uhr verpflichtend teilnehmen.

- Für die **Hauptschule Büttgen** und die **Elisabeth-Selbert-Realschule** fordern wir eine gemeinsame Mensa und eine gemeinsame Aula, damit auch größere Veranstaltungen dort stattfinden können.

Schülertransporte. Wir fordern, mittelfristig die Kaarster Schullandschaft so zu gestalten, dass möglichst **wenig Schulbusverkehre** notwendig sind, dies soll erreicht werden durch reformpädagogische Angebote in allen Ortsteilen, sodass die Fahrtstrecken für Schüler, die dieses Angebot annehmen, auf Fußweglängen verkürzt werden. Es soll der Grundsatz gelten, dass die Kinder auf einem **sicheren Schulweg** zu Fuß oder mit dem Rad ihre Schule erreichen können. Dafür ist die Ergänzung des Fahrradwegenetzes und die Überprüfung der **Fahrradwegsicherheit** vonnöten. Die Eltern sollen so weit wie möglich auf den Transport der Kinder im eigenen PKW verzichten. Dabei soll das **Konzept des „Walking-Bus“** und andere Maßnahmen helfen. Für die Schüler, deren Wohnort von der Schule zu weit entfernt ist, soll eine praktische Lösung gefunden werden, die je nach Schülerzahl – und damit von Schuljahr zu Schuljahr – sich ändern kann, d.h. separater oder integrierter (Schul-) Busverkehr.

- Die **Schulsozialarbeit** ist in Kaarst auf Drängen der Grünen für alle weiterführenden Schulen eingerichtet worden. Wir werden darauf achten, dass die SozialarbeiterInnen an den Schulen eine gesicherte Perspektive in Kaarst haben, und nicht jedes Jahr um die Verlängerung des Vertrages bangen müssen.

Besonderes Gewicht legen wir auf die schulische **Förderung von Mädchen und jungen Frauen**. Die Grünen wollen Mädchen stark machen durch die Einrichtung von Mädchenselbstverteidigungsangeboten an allen Schulen. Außerdem unterstützen wir die probeweise Einführung von **monoedukativem Unterricht**, d.h. getrennte Gruppen für Mädchen und Jungen, in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern an allen Schultypen. Dies wird am Albert-Einstein-Gymnasium im Informatikunterricht teilweise schon umgesetzt. Ebenso sollte **integrativer Unterricht** an weiterführenden Schulen angeboten werden (behinderte und nicht-behinderte Kinder). **Sprachkurse** sollen das Angebot an allen Schulen bereichern, Wert zu legen ist auf eine gezielte Sprachförderung zu Integrationszwecken.

Gesamtschule. Der Bedarf zur Errichtung einer Gesamtschule in Kaarst ist seit Jahren vorhanden und sollte durch eine Befragung ermittelt werden. Jeden Schultag machen sich 140 Kaarster Kinder auf den Weg in eine Gesamtschule außerhalb von Kaarst und jedes Jahr werden weitere Kinder von den Gesamtschulen abgelehnt. Vielen Schüler/innen, die keine Möglichkeit zum Besuch einer Gesamtschule haben oder auf einer für sie nicht geeigneten Schulform angemeldet wurden, blieben die massiven Versagensgefühle und die Integrationsprobleme in den aufnehmenden Schulen bislang leider nicht erspart.

Umweltbewusstsein sollte in der Schule auch durch das praktische Vorleben vermittelt werden.

- Die **Einrichtung der Cafeterien und Mensen** an den weiterbildenden Schulen bieten die Chance, die Schülerinnen und Schüler an umweltgerechte, gesunde Nahrungsmittel heranzuführen (nicht Cola und Schokoriegel).
- **Fairer Handel auch in Schulen.** Werbung in und mit einem Supermarkt in Schulnähe soll dafür sorgen, dass durch ein ausreichendes Kundenecho ein fair gehandeltes Produkt (z.B. Orangensaft) im Supermarkt und in den Cafeterien verkauft wird.
- **50:50 Modell.** Schulen sparen Heiz- oder Stromkosten und erhalten von der Stadt die Hälfte des eingesparten Betrages zur freien Verfügung. So könnten sich die Schulen mit dem Geld am Bau einer Solaranlage in der Partnerschule beteiligen oder einfach das eigene Budget aufbessern.
- **Nachhaltigkeitsaudit für Schulen.** Zielformulierungen, Mess- und Evaluationsaktivitäten sowie die Managementmaßnahmen werden von den Schülern selbst durchgeführt. Hierzu gibt es unter Leitung des Umweltamtes einen Arbeitskreis mit Unterstützung von Unternehmen: hier werden Umweltmanagementsysteme an den Schulen etabliert.

Weitere relevante Stichworte für den Bereich Schule sind: Mülltrennung, Energiecontracting, Flächenentsiegelung, Begrünung und Biotoppflege. Mehr dazu finden Sie im Bereich Umwelt.

Umwelt. Für die Zukunft.

Umweltschutz in Kaarst ist eine zentrale Aufgabe! So muss auch innerhalb der Kaarster Stadtverwaltung der Umweltbereich wieder mehr Gewicht bekommen, nachdem vor einigen Jahren ein **eigenes Umweltamt** praktisch aufgelöst wurde. Diese Funktion wollen wir im Rathaus ausbauen und wieder ein aufgewertetes Umweltamt etablieren. Dieses könnte auch den Klimaschutz und den Energiebereich zu seinem Aufgabenbereich zählen (s. Energie/Klimaschutz).

Umweltschutz heißt aber auch, mehr ins Grün zu investieren als bisher. Denn **Grün heißt auch Lebensqualität!** Wir wollen Umwelt für jeden erfahrbar machen. Dabei soll mehr Grün in Form eines **Grünzuges** mit zentralem **Waldgebiet zwischen Holzbüttgen, Vorst, Driesch und Büttgen** ebenso ein Bestandteil werden wie **innerstädtische Alleen**. Bestehende Biotope sollen eingebunden und vernetzt werden. Dabei sollen auch Projekte wie ein **Hochzeits- und Bürgerwäldchen** (Grüner Antrag, angenommen 2008) eingegliedert werden. Durch boulevardähnliche Anbindungen können Grüntangenten vom geplanten großen Grünzug in den Ortsteil Kaarst geschaffen werden. Insgesamt muss ein **öffentliches Grünentwicklungskonzept** für die Gebiete inner- und außerorts der Rahmen für weitere Begrünung und Anpflanzungen sein. Für ein Projekt größeren Ausmaßes sollen Sponsor/innen geworben werden.

Wir wollen Wald! (s. auch die Grüne Aktion: www.wir-wollen-wald.de). Wir wollen keine Alibi-Aktionen der CDU und Verwaltung mehr hinnehmen. Jahrelang ist viel zu viel gebaut worden, der Ausgleich ist (fast) immer zu kurz gekommen. Das grüne Netz muss so geknüpft werden, dass alle Ortsteile von Grüngürteln umgeben werden. Die **Grüngürtel an den Ortsrändern** bilden den Übergang in die freie Landschaft und markieren das Ende der Besiedelung. Sie gehen an den entsprechenden Stellen in die **Lärmschutzpflanzungen längs der Autobahnen** über, um diese zu vervollständigen und zu verstärken. Ebenso wünschen wir uns die **Schaffung von Alleen**, z.B. zwischen den Ortsteilen und entlang der Landstraßen. Hierbei kann die Stadt ein Förderprogramm des Landes NRW nutzen. Doch selbst kleinste Grünflächen tragen, besonders im Inneren der Ortsteile, zur Hebung der Lebensqualität bei. Sie dürfen nicht vernachlässigt, sondern müssen ausgeweitet werden. "Kleine Füße - kurze Wege = Kinder und Senioren". Dies gilt besonders für diese Gruppen, da sie oft nicht so mobil sind.

Zur qualitativen Aufwertung und Vielfaltigkeit des Kaarster Grüns ist weiter der **Erhalt der letzten**, landschaftstypischen, aber leider fast verschwundenen innerstädtischen **Streuobstwiesen** bedeutungsvoll und ggf. der Ankauf von Streuobstwiesen zweckmäßiges Mittel. Generell soll bei Ausgleichspflanzungen ein Ausgleich 1:1 (des Stammumfangs) erfolgen, wie wir dies immer wieder beantragt haben.

Kaarst liegt in einem der waldärmsten Kreise Deutschlands. Die Grünen sehen daher die **Begrünung und Aufforstung** als vorrangiges konkretes Ziel der kommunalen Umweltpolitik. Der städtische Wald soll FSC-zertifiziert werden nach den internationalen FSC-Richtlinien (Forest Stewardship Council, www.fsc-deutschland.de), die eine nachhaltige Waldwirtschaft garantieren. Weiter setzen wir uns dafür ein, dass die Pflege und Fortführung des **Biotopkatasters** abgesichert wird. Die Stadt soll einen **Naturführer** für Kaarst herausgeben. Zur Begrünung von Straßen schlagen wir zuerst eine **bewegliche Begrünung in Kübeln** vor, die in einer Testzeit ihren genauen Platz auf der Straße finden können und nach Ablauf der Zeit fest eingepflanzt werden. Dazu können die vorhandenen Baumkübel genutzt werden, die als mobile Bausteine in der Stadt eingesetzt werden sollten. Die Bürger sollen selber entscheiden, wo sie eine Anpflanzung in ihrer Straße haben möchten. Dies haben wir bereits im Umweltausschuss beantragt und angeregt, die politische Mehrheit hat dies bisher jedoch abgelehnt.

Dauerhafte **Fassadenbegrünung.** Die Stadt sollte als Vorbild vorangehen und öffentliche Gebäude begrünen. Bürger/innen, die sich dem Vorbild anschließen wollen, sollen städtisch beratende Unterstützung in Verbindung mit einer Fassadenisolierung zur Umgestaltung ihrer Fassaden erhalten.

Wir sprechen uns gegen weitere **Auskiesungen** im Kaarster Norden aus. Ein überproportionaler Anteil der Stadtfläche wird für Auskiesungen genutzt – Flächen, die der Öffentlichkeit meist nicht zur Verfügung stehen und Narben in der geschundenen Landschaft darstellen.

Der Einsatz von **Streusalz** im Winter soll auf ein Minimum reduziert werden. Für eine ausgeglichene Fauna und Flora und gegen Bodenerosion haben Hecken eine wichtige Funktion. Da es in Kaarst an **Heckengehölzen** mangelt, sollten neue Hecken auf gemeindeeigenen –auch verpachteten– Flächen angepflanzt werden. In Zukunft müssen mit der Verpachtung gemeindeeigener Flächen ökologische Auflagen verbunden werden. Die Grünen setzen die EU-Bio-Verordnung als

Maßstab, gleichzeitig müssen Hecken gepflanzt werden - die **Gentechnikfreiheit** ist damit ebenfalls gewährleistet. Landwirtschaftliche Flächen sollen nur noch zur umweltverträglichen Nutzung nach dieser Richtlinie verpachtet werden. Bestehende Verträge sind bei Verlängerung daraufhin zu überprüfen, ob die Einhaltung der Richtlinie ebenfalls zur Auflage gemacht werden kann. Dabei soll auch das **Ackerrandstreifenprogramm** von der Stadt bei den Bauern stärker beworben werden, dadurch werden Ackerraine wieder mit Kamille, Kornblume und Mohn angereichert.

Die Grünen kämpfen gegen das Vorurteil, dass **naturbelassene Flächen** unordentlich oder schmutzig seien. Im Gegenteil fordern wir **mehr Sauberkeit für öffentliche Grünflächen!** Naturbelassene Flächen sind weniger pflegeintensiv und daher auch kostengünstiger in der Unterhaltung. Sauberkeit wird nicht erreicht durch Einsatz der chemischen Keule gegen „Un“kraut. Wir möchten, daß die Bewohner/innen Kaarsts mehr Möglichkeiten erhalten, Verantwortung für die ökologische Gestaltung der Stadt zu übernehmen. Eine gute Möglichkeit dazu sind **Grün- und Baumpatenschaften**, die AnwohnerInnen für ihr bevorzugtes öffentliches Grün übernehmen und bepflanzen („Baumscheibenbegrünung um die Ecke“). **Heimische Gehölze** sollen als Standard bei jeglichen Neupflanzungen festgeschrieben werden, die Stadt muss hier als Vorbild vorangehen. Die Bürger/innen können z.B. mit einer Pressemitteilung (Baum/Strauch des Monats) städtischerseits informiert werden.

Die Grünen haben die **Entsiegelung von Flächen** zu ihrem Anliegen gemacht, Beton- und Teerdecken müssen aufgebrochen werden, um Regenwasser ortsnah versickern zu lassen. Der Boden speichert das Wasser und gibt dieses langsam wieder ab. Das vermindert Hochwasser in unseren Flüssen. Bei öffentlichen Flächen (zum Beispiel Schulhöfe) ist die Stadt gefordert. Die Stadt soll auch bei den Bürger/innen dafür werben, damit private und öffentliche entsiegelte Flächen für eine finanzielle Unterstützung durch das Landesförderprogramm angesammelt werden können.

Wir fordern den Bau von **Hundetoiletten** im Stadtpark und **Hundeauslaufflächen** an anderen viel von Hunden frequentierten Orten. Doch erst der persönliche Beitrag der Hundehalter/innen, die ihre Hunde zur Nutzung anhalten, wird hier zum Erfolg führen, dass Ärgernisse vermieden werden.

Agenda 21 in Kaarst? Fehlanzeige!

Wir wollen einen wirklichen Agenda 21-Prozess in Kaarst initiieren, alle Menschen in Kaarst beteiligen und gemeinsam die Zukunft unserer Stadt planen.

Was ist Agenda 21? 1992 verabschiedeten in Rio de Janeiro über 150 Staaten die Grundsätze der sog. Agenda 21. Dabei geht es um einen globalen Ansatz im Denken der Menschen, der sich auf lokaler Ebene bemerkbar macht und auswirkt. So ist der Bereich des Fairen Handels zu nennen. **Fair gehandelte Produkte** (zum Beispiel Kaffee, Tee, aber auch Kleidung) zeigen den Grundsatz „global denken – lokal handeln“ am besten, durch die Überwachung der Handelsstrukturen wird den Produzenten vor Ort ein fairer Abnahmepreis garantiert und diese vor Ausbeutung geschützt. Dieser Preis liegt natürlich höher als der der allgemeinen Welthandelsmarken, somit muss der Verbraucher hier auch einen höheren Preis zahlen, trägt damit aber zu einem kleinen Teil mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel bei. Dabei geht es immer um den **Grundsatz der Nachhaltigkeit** - also heute keine oder möglichst wenig endliche Ressourcen zu verbrauchen und die Umwelt zu schützen. Dieser Prozess hat in vielen Städten zu einem lebhaften gemeinsamen Handeln vieler Vereine, Institutionen und der öffentlichen Hand geführt. In Kaarst ist dieses gemeinsame Bemühen bisher nahezu an der Stadt vorbeigegangen, die Mehrheit in der Politik hat die Ansätze im Keim erstickt. Wir wollen diesen Prozess aufblühen lassen und gemeinsam mit allen engagierten Menschen in Kaarst ein Stück des Agenda 21-Gedankens in Kaarst leben. Viele Beispiele hierfür sind in diesem Programm enthalten! Konkrete grüne Forderungen für Kaarst in der Zukunft.

Fair Trade-Produkte und der Grundsatz „**global denken – lokal handeln**“ sind für uns eine wirkliche Handlungsmaxime, denn unser Verhalten hat massiven Einfluss auf das Geschehen in der Welt. Welche Produkte wir kaufen entscheidet ein Stück über Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns für **fair gehandelte Produkte in allen öffentlichen Bereichen** ein (s. auch Eine Welt).

Grundwasser. Wir wollen in die Zukunft blicken und unsere Energie nicht auf die Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit lenken, trotzdem wollen wir die Ursachen dieses Problems klar benennen. Vor allem in den 60er und 70er Jahren wurden vom Stadtrat großflächig Baugebiete in Gebieten ausgewiesen, in denen so nicht hätte gebaut werden dürfen, d.h. mit regulärem Keller. Viele alte Häuser in Vorst sind mit einem sog. Kniestock (auch Drempeel genannt, dabei liegt das Erdgeschoss ca. einen Meter über dem Boden) gebaut worden, also leicht erhöht. Politik und Verwaltung haben es versäumt, hier rücksichtsvolle Politik zu betreiben und die Menschen vor eventuellen Schäden oder Gefahren zu warnen. Hinweise in Bebauungsplänen auf eventuell wiederkehrende hohe Grundwasserstände gab es nicht, das sehen Die Grünen als Versäumnis der Stadt an. Die Grünen sehen daher heute die Stadt in der Verantwortung, auch eine Lösung für die betroffenen Menschen zu finden und wollen dies gemeinsam mit den Bürgern vorantreiben. Unsere Hoffnung bleibt, dass die große Koalition aus blind Bauwütigen (CDU, SPD, FDP) endlich zur Besinnung kommt und aus solchen Fehlern lernt. Der bestehende **Wasser- und Bodenverband Nordkanal** als Verwaltungsgremium soll aufgelöst und eventuell in den Erftverband integriert werden oder ein neuer, handlungsfähigerer Verband gegründet werden.

Auch die **Reaktivierung und Neuanlage von Grabensystemen** ist voranzutreiben. Die Grünen wollen auf diesem Weg dauerhaften Abpumpungsmaßnahmen entgegentreten. Dies soll als Chance begriffen werden und ökologischen Nutzen mit gestalterischen Aspekten verbinden sowie weitere Naherholungsmöglichkeiten schaffen (z.B. Kanufahren auf dem neuen Kanal!). Eine gestalterische und landschaftliche Aufwertung des Nordkanals ersetzt aus unserer Sicht auf keinen Fall die dringend erforderliche Entschlammung.

Umwelt- und Energiebeauftragter. Es soll aus dem vorhandenen Stellenpotential der Stadtverwaltung eine Ansprechpartnerin/ein Ansprechpartner für die Menschen in der Stadt benannt werden. Die/der Beauftragte muss an allen Planungs- und anderen relevanten Entscheidungen beteiligt werden und die Interessen von Umwelt und Verbraucherschutz vertreten, gegenüber der Öffentlichkeit, der Verwaltung und der Politik, wozu auch eine Präsenz in den Ausschüssen gehören sollte.

Wir wollen einen **ökologischen Haushaltsplan** einführen (s. Finanzen).

Recyclingpapier soll ebenso in den Schulen Standard sein wie in der Verwaltung, die mit einem ökologischen Beschaffungswesen eine Vorbildfunktion für Kaarster

Unternehmen einnimmt. Ein hierzu gestellter Antrag wurde abgelehnt, die Verwaltung glänzte durch Unwissenheit und nach wie vor der Meinung, Recyclingpapier gäbe es in Kaarst an vielen Stellen zu kaufen, obwohl dies nicht überall der Fall ist. Die Stadtverwaltung soll 100% ihres Papiers als Recyclingpapier beziehen sowie die Schulen hierzu ebenfalls animieren.

Einkaufsführer: die Stadt soll einen Einkaufsführer für fair gehandelte, ökologische und regional gehandelte Produkte herausgeben.

Kaarst soll 100% gentechnikfreie Zone werden, dazu sollen Verbraucher, Bauern und die Stadt all ihre rechtlichen Möglichkeiten ausnutzen und gentechnisch veränderte Produkte boykottieren. Die Stadt soll hier federführend bei einer freiwilligen Selbstverpflichtung aller Kaarster Bauern untereinander sein. Ein entsprechender Antrag der Kaarster Grünen ist leider mit Stimmen aller anderen Fraktion (CDU, SPD, UWG und FDP) 2008 abgelehnt worden. Die Unwissenheit der anderen Politiker schränkt die Wahl- und Informationsfreiheit des Verbrauchers stark ein. Nur Die Grünen stehen für uneingeschränkt auf Seiten des Verbrauchers.

Landwirtschaft. Ackerhecken sollen nicht nur den Samenflug evtl. veränderter Organismen verhindern, sondern dienen auch einer Vielzahl von heimischen Tieren als Lebensraum, verhindern Erosion und bereichern das Landschaftsbild.

Ackerraine sollen wieder belebt werden und ihre ursprüngliche Funktion wahrnehmen. Umweltverträgliche **Biogasanlagen** bei Kaarster Landwirten sollen zukünftig zum alltäglichen Erscheinungsbild gehören, diese Stärkung des umweltbewussten Handelns soll durch die Stadt unterstützend begleitet werden.

Mobilfunk. Wir treten weiterhin für eine intelligente Verteilung der Mobilfunksendemasten in unserer Stadt ein. Dabei soll eine freiwillige Vereinbarung zwischen der Stadt und den Mobilfunkbetreibern die Menschen in unserer Stadt von unnötiger Strahlenbelastung schützen. Die Sendestandorte sollen transparent dargelegt und die Belastung von besonders sensiblen Bereichen, wie zum Beispiel Kindergärten oder Schulen möglichst gering gehalten werden. Die Stadt muss hier über ihre gesetzliche Mindestverpflichtung tätig werden und darf sich nicht hinter Landes- oder Bundesgesetzen verstecken, sondern muss den eigenen Handlungsspielraum voll ausschöpfen. Wir unterstützen alle Bürgerinitiativen in diesem Bereich, die gegen die Neuansiedlung von Sendemasten kämpfen.

Der **Friedhof** ist ein Thema mit dem sich viele Menschen nicht (gerne) beschäftigen. Wir wollen das Thema Sterben aus der Tabuzone holen und in die Mitte des Lebens rücken. Die **bestehende Pflanzliste** zur Friedhofssatzung, die ausschließlich einheimische Gehölze und Pflanzen vorsieht, die ein Ökosystem bilden und Tieren ein Zuhause bieten können, wird bislang leider nur wenig beachtet. Hier ist es Aufgabe der Stadt, die Friedhofsmitarbeiter, die Gärtnereien, etc. zu schulen und zu informieren, damit Friedhöfe Oasen der Ruhe werden und weniger wie überdüngte 60iger Jahre-Vorgärten aussehen.

Aber ein Friedhof sollte auch ein **Ort der Toleranz** sein, so sollten Menschen nach ihren Glaubensgrundsätzen beerdigt werden können. So dürfen Moslems nur in Tüchern beerdigt werden, diesen Wunsch gilt es zu respektieren. Die Ablehnung von bestimmten Bestattungsformen in der Politik zeigt, wie die unbegründete Angst vor dem Thema und wie Vorurteile immer noch fest in den Köpfen vieler Menschen verwurzelt sind. Zu **Wahlfreiheiten im Bestattungsbereich** gehört es auch, dass **Aschestreifelder** zur Verfügung stehen, ebenso wie ein **Friedforst**, bei dem die Asche direkt an einem Baum beerdigt wird. Das Angebot an Bestattungsmöglichkeiten sollte möglichst vielfältig und offen sein, dies gebietet nach Ansicht der Grünen die Menschenwürde.

Energie: Sonne, Wind und mehr.

Klimaschutz: Eine globale Herausforderung. Für morgen.

Energie. Seit Jahren fordern die Grünen ein **Energiemanagement** in der Stadt Kaarst, diese wollen wir konsequent fortentwickeln und den **Energieverbrauch in Kaarst stetig senken**. Dabei sollen modernste Technik zusammen mit intelligentem Management auch ein Vorbild für die Privathaushalte sein und ein **eigenes Förderprogramm der Stadt Kaarst** ergänzend zu dem des Landes- und Bundes Solar- und Photovoltaikanlagen auf Kaarster Dächer holen. Dies würde **Arbeitsplätze für heimische Handwerker/innen sichern** und schaffen. Auch neue Energie- und Contractingmaßnahmen, zum Beispiel für Schulen, sind dabei zu prüfen. **Energiesparen und damit auch aktiver Klimaschutz muss endlich auch in Kaarst ein Thema werden!**

Kaarst soll Solar-Vorzeigestadt werden. Durch bürgerschaftliches Engagement ist die erste Bürgersolaranlage in Vorst auf dem Dach der Grundschule entstanden. Wir begrüßen ausdrücklich diese Entwicklung, fordern aber deutlich mehr Initiative seitens der Stadtverwaltung. Kaarst soll zur **Solarkommune** werden, Förderprogramme anbieten, Bürger bei der Realisierung beraten und unterstützen und selbst auf städtischen Gebäuden eine Vorreiterrolle bei der Solarenergie übernehmen. Viele Städte in Deutschland sind bereits in diesem Bereich aktiv – Kaarst hat Einiges nachzuholen.

Der Strombezug der Stadt soll sich ausschließlich auf Ökostrom beschränken, die **Stadtwerke** sollen den Strombezug in Eigenregie übernehmen und in den Bereich des Ökostroms einsteigen. Die Energiewerke Schönau (s. www.rebellenstrom.de) könnten hier Vorbild sein. **Kaarst soll Atomstromfrei werden.**

Nachwachsende Rohstoffe (z.B. Holzpelletanlagen) sind bei Erneuerungen bzw. Neuerrichtungen städtischer Anlagen ausschließlich einzubauen, eine Selbstverpflichtung zur Einhaltung des Rio-Zieles (25 % CO²-Reduktion auch in Kaarst) soll vom Stadtrat verabschiedet werden. Gerade erst wurde der alte Vertrag mit dem Atomstromlieferanten RWE erneuert mit Stimmen der großen Koalition aus CDU, SPD und FDP, auch die UWG legt keinen Wert auf qualitative Maßstäbe, sondern möchte nur das billigste Angebot. Die Grünen forderten eine transparente Ausschreibung und die ausschließliche Lieferung von Ökostrom.

Nördlich der A 52 hat der Stadtrat, mit Unterstützung der Grünen eine Konzentrationsfläche für **Windenergieanlagen** ausgewiesen und sind mittlerweile rund um Kaarst Anlagen in Betrieb. Nach anfänglichen Protesten haben sich viele Kaarster an die Riesen gewöhnt. Wir fordern einen sensiblen Umgang mit den mächtigen Anlagen. Windenergieanlagen dürfen kein Dogma werden, es muß eine praktische Betrachtung und der Schutz der Menschen im Vordergrund stehen. Weitere Windenergieanlagen sind nach Ansicht der Grünen beispielsweise in Kooperation mit anderen Städten (zum Beispiel Korschenbroich) denkbar, so könnten Felder gebündelt werden. Einzelfallentscheidungen müssen an strenge Richtlinien gebunden sein, dabei ist insbesondere ein großer Abstand zur Wohnbebauung zu beachten, bei Abwägung der widerstreitenden Interessen müssen dem Schutz der Anwohner/innen ein besonderes Gewicht zukommen und der Aspekt der Landschaftsbeeinträchtigung in der Gesamtheit betrachtet werden. Klartext: Ja zur Windkraft, aber nicht überall!

Im Rhein-Kreis Neuss sind wir genauso von Klimaveränderungen betroffen wie anderswo. Gleichzeitig ist unser Kreis aber auch ein bedeutender Standort für die Energieproduktion. Hier wird weiterhin Braunkohle abgebaut und verbrannt, dabei setzt gerade dieser Energieträger pro erzeugte Kilowattstunde Strom am meisten CO₂ frei. Braunkohle ist damit der mit Abstand klimaschädlichste konventionelle Energieträger und seine Gewinnung verändert die natürliche Landschaft. Auch moderne Braunkohlekraftwerke sind dabei keine Lösung und wenig effizient. Die Mehrheit des Kreistages unterstützt die Energiepolitik des RWE-Konzerns.

Wir unterstützen die Politik der Grünen Kreistagsfraktion zum Bereich der Energiepolitik. Grüne Energiepolitik im Rhein-Kreis Neuss setzt auf Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung, stärkt dezentrale Strukturen und berücksichtigt stärker die sozialen Bedürfnisse der Energieverbraucher.

Solar- und Windenergie sind die umweltfreundlichsten Energielieferanten. Ihr Einsatz muss in Kaarst Vorrang bekommen. Um die Nutzung von Solarenergie zukünftig optimal zu gewährleisten, sind bei der Planung alle neuen Gebäude verschattungsfrei auszurichten. **Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden** haben auf dem Weg dorthin Vorbildcharakter und leisten gleichzeitig einen messbaren Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstosses. Verbindlich ist zukünftig für alle neuen Bebauungsgebiete die Nutzung von **regenerativen Heizformen** vorzusehen. Die Grünen fordern die **Umstellung der städtischen Dienstwagen auf den Betrieb mit**

Pflanzenöl. Damit würde nicht nur ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet, sondern gleichzeitig eine innovative Technik gefördert, die von einer Kaarster Firma angeboten wird – ein Beispiel für ökologische Wirtschaftsförderung! Umweltschutz und Wirtschaft(sförderung) dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden.

Der Energieverbrauch aller städtischen Gebäude ist zu ermitteln und über die Jahre vergleichbare Kennzahlen aufzustellen, **bedarfsorientierte Energieausweise** für die großen städtischen Gebäude sind zu erstellen, dem Umweltausschuss wird jährlich rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen ein Maßnahmenkatalog zur Energieeinsparung vorgelegt, der sich an der Sanierungsbedürftigkeit der städtischen Gebäude orientiert und die Verwaltung soll sich bei Bedarf der Fachkunde eines Dritten bedienen.

Bei der **Erneuerung des Fuhrparks** wird auf umweltfreundliche und verbrauchsarme Fahrzeuge zu setzen. Wegen der Schnelligkeit des technischen Fortschritts bei Kfz-Antriebstechniken werden keine einengenden Vorschriften gemacht; Gas- und Elektrofahrzeuge sollen aber genauso in die Überlegungen einbezogen werden wie Hybridfahrzeuge. Bei der Anschaffung von Geräten sind diese in der Verwaltung einer grundsätzlichen **Energieverbrauchsprüfung** zu unterziehen. Es sollen in Zukunft vorrangig Geräte mit der höchsten Energieeffizienzklasse angeschafft werden. Bei allen öffentlichen Neubauten soll zukünftig ein Wärmeschutzniveau nach Passivhausstandard umgesetzt werden. Die Verwaltung soll zukünftig in allen Bebauungsplänen die **Häuserausrichtung bevorzugt nach Süden** vorsehen. Bei Grundstücksverkäufen soll zukünftig auf die Nutzung von erneuerbaren Energien zur Warmwasserbereitung und zu Heizzwecken hingewirkt werden.

Stadtentwicklung, Planung & Verkehr

Jede Sekunde werden in Deutschland 15 m² Fläche versiegelt. Das ist nach Meinung der Grünen zu viel – viel zu viel. Diesem Trend wollen wir in Kaarst nicht nachgeben. Die Identität der Stadt Kaarst ist in großen Teilen schon zerstört, es gilt den Rest der historischen Bausubstanz zu bewahren und weiteren Landschaftsfraß zu verhindern.

Die Kaarster Stadtentwicklung im Sinne weiterer Bebauung ist für die Kaarster Grünen weitestgehend abgeschlossen. Unsere Stadt wird laut allen Prognosen zur demographischen Entwicklung nicht weiter wachsen. In den nächsten Jahren ist aufgrund der exorbitanten Bautätigkeiten v.a. der 60er- und 70er-Jahre mit einer Zunahme der Anzahl von Seniorinnen und Senioren zu rechnen. Danach wird es durch natürliche Fluktuation eine natürliche Vermischung von Jung und Alt wie in jedem natürlich gewachsenem Siedlungsgebiet geben, d.h. in Kaarst muss jetzt vor allem die notwendige menschenfreundliche Infrastruktur für ältere Menschen geschaffen werden.

Die Kaarster Grünen standen bisher immer einer übermächtigen großen Koalition aus CDU, SPD, UWG und FDP gegenüber, wenn es darum ging, in Sachen Bauen und Verkehr einen Gang zurückzuschalten. Dabei wollen wir nicht zurück zu alten Zeiten, sondern heute **nachhaltig planen**, damit unsere Kinder und Enkel Kaarst als lebenswerte Stadt erleben können. Der **Flächennutzungsplan** der Stadt stammt aus dem Jahre 1981, normale Lebenserwartung eines solchen Planes sind 10 Jahre. Seit 1981 lehnt sich die CDU nach Gutsherrenart auf diesen in der Zwischenzeit stark veralteten Plan und trifft immer wieder neue einzelfallbezogene Entscheidungen, ohne die Sicht für das Ganze und die Entwicklung unserer Stadt zu haben.

Deshalb haben sich Die Grünen vehement gegen großflächige, fantasielose Bebauungen, wie zum Beispiel auf dem alten Stodiek-Gelände („An der Sonnenuhr“) ausgesprochen. Wir brauchen in unserer Stadt ein klares **Stadtentwicklungskonzept**, wir wollen gemeinsam mit allen Kaarstern entscheiden, wie sich Kaarst entwickeln soll. Dabei soll nach Meinung der Grünen keine großflächige Bebauung, die in die Landschaft wächst mehr auf der Tagesordnung stehen. Es geht primär darum, bestehende Substanz zu erhalten. Viele Häuser aus dem Bauboom der 60iger und 70iger Jahre werden nach und nach von den nächsten Generationen bezogen, dieser Trend muss unterstützt werden. Darüber hinaus fordern Die Grünen

ein **Grünentwicklungskonzept** für Kaarst, die Ortsteile müssen von Grüngürteln eingefasst und durch diese verbunden werden. Innerstädtische Alleen müssen (wieder) angepflanzt werden – Grüne Lungen müssen die Bebauung durchbrechen und auf kurzem Weg erreichbar sein für Kinder und alte Menschen mit eingeschränktem Aktionsradius. Daher darf es auch keine weitere städtische Genehmigung für großflächigen Einzelhandel geben!

Vielfalt und Eigenständigkeit - die Ortsteile

Das Gesamtbild Kaarsts wird geprägt von der Verschiedenheit der Ortsteile. Die Unterschiede sollen bewahrt werden, **die Identitäten der Ortsteile müssen erhalten bleiben**. Doch die aktuelle Situation ist in mancher Hinsicht unbefriedigend. Die Grünen fordern eine **Aufwertung der Ortsteilzentren**. Um diese Mittelpunkte zu stärken, bedarf es mehr als eines leeren Platzes. Bereits in der Gestaltung der Ortsteilmitten müssen sie als lebhaftere Treffpunkte konzipiert werden. Gastronomiebetriebe sind durch gezielte Förderungsmaßnahmen in die Zentren zu ziehen, da sie das Geschehen beleben. Dabei dürfen die Plätze nicht zu reinen Konsumorten werden. Auch Kinder, Jugendliche und andere Bürger/innen, die sich Restaurants, Cafés oder Kneipen nicht leisten können oder wollen, müssen sich in ihren Zentren wohlfühlen. Reich **begrünte Orte zum Verweilen** sind dafür ebenso notwendig wie nicht störende Spiel- und Sportmöglichkeiten, die sich dem Gesamtcharakter der Plätze anpassen. Zentrales Strukturierungselement der Plätze muss eine abwechslungsreiche und naturnahe Bepflanzung sein. Handlungsbedarf besteht beispielsweise am Lindenplatz und am Neumarkt oder selbst am Rathausplatz Büttgen, der nur durch sein neues teures Pflaster noch nicht genügend Aufenthaltsqualität besitzt. Ebenso müssen bereits begrünte Plätze, wie zum Beispiel der Grünwaldplatz und der Luisenplatz in Büttgen mehr Aufenthaltsqualität gewinnen, u.a. ansprechende zusätzliche Möblierung und andere gestaltende Elemente. **Ortseingänge müssen begrünt werden**. Wir brauchen einen **innerörtlichen Grünentwicklungsplan** für mehr öffentliches Grün in der Stadt.

Grundsätze nachhaltiger Stadtentwicklung

Kaarst ist ein beliebter Wohnort. In den letzten Jahrzehnten sind viele Menschen zugezogen, weil sie den zum Teil noch dörflichen Charakter der Stadt mit ihren unterschiedlichen Ortsteilen schätzen und hofften, dass ihre Kinder hier in einer lebenswerteren Umgebung aufwachsen könnten. Freiflächen innerhalb der einzelnen Ortsteile sowie die freien Kulturlandschaften zwischen den Ortsteilen prägen das Gesamtbild der Stadt. Dieses Bild wollen Die Grünen soweit wie möglich erhalten. Eine Grundbedingung dafür ist es, die weitere Vergrößerung Kaarsts zu bremsen. Gleichzeitig muss die weitere Zersiedelung in den Außenbereichen gestoppt werden. Dabei müssen innerorts naturnahe Spielplätze oder grüne Erholungsflächen mit eingeplant werden, gerade damit auch weniger mobile Bürger/innen wie Senior/innen und Kindern Möglichkeit zur Rekreation in ihrer unmittelbaren Wohnnähe finden können. Weitere Bebauung soll ausschließlich für zukunftsorientierte Projekte möglich sein, beispielsweise für ein Projekt autofreien Wohnens mit unmittelbarem Anschluss an die Regio- oder S-Bahn und weitgehenden Öko-Standards. Für Investoren, die mehr als 2.000 qm Grundfläche beanspruchen, soll zukünftig eine Analyse der sozio-ökonomischen Folgen verpflichtend durchgeführt werden. Dabei sollen die Auswirkungen auf Umwelt und Urbanistik vorher geprüft werden. Die Ressource Fläche muss dabei viel schonender behandelt werden und ein stärkerer Abwägungsprozess stattfinden. Reine Gewerbegebiete sollen in Kaarst nur noch in Ausnahmefällen ausgewiesen werden. Wenn nur noch Mischgebiete mit Wohn- und Arbeitsflächen existieren, so können sich ausschließlich Firmen ansiedeln, die umweltbewusst (u.a. lärmarm) produzieren und handeln, somit setzen wir Stadtplanung als ein Instrument zur gezielten Förderung verantwortlichen Wirtschaftens ein und könnte ein **ökologisches Gewerbegebiet** entstehen.

Maßgabe bei allen Vorhaben ist der Grundsatz, nach dem städtischer Boden in Erbpacht vergeben und nicht verkauft wird. Alle gesetzlichen Möglichkeiten zur Wertsteigerungsabschöpfung bei der Erschließung von Grundstücksflächen, die sich nicht in städtischem Eigentum befinden, müssen genutzt werden. So sollen Mittel für soziale Infrastruktur (Schulen oder Kindergärten) aber auch Mittel für Grün- und Ausgleichsflächen sichergestellt werden, die Stadt und damit die Allgemeinheit ist so an der Wertsteigerung (höhere Grundstückspreise), die auch wieder finanzielle Belastungen mit sich bringt (zusätzliche soziale Einrichtungen und Infrastruktur) beteiligt.

Faktoren wie die Anzahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Größe der Gewerbefläche, die Umweltfreundlichkeit der Produkte und zur Reduzierung von Transportwegen die Orientierung auf den lokalen bzw. regionalen Markt sind bei der Vergabe der Flächen Entscheidungskriterien. Als Konsequenz aus diesen ökologischen und sozialen Planungsgrundsätzen folgt, dass Die Grünen sich strikt gegen weitere großflächige Einzelhandelsmärkte auf der grünen Wiese aussprechen.

Förderung ökologisch und sozial verantwortlichen (Um)Bauens

Die Grünen fordern nicht nur die verbindliche Festschreibung von ökologisch orientierten Baurichtlinien und deren Berücksichtigung in allen Bebauungsplänen. Festgeschrieben werden müssen u.a. Projekte, die autofreies Wohnen strukturell ermöglichen, flächensparendes Bauen, die grundsätzliche Südausrichtung aller Dächer, damit diese für Solaranlagen genutzt werden können, Niedrig-, Null- und Positivenergiehäuser, der Einsatz nachwachsender Baurohstoffe und von Regen- und Brauchwasser. Dies betrifft allerdings die nur noch wenige neue Baukörper, vielmehr muss der Schwerpunkt auf der Renovierung, dem Umbau des vorhandenen Bestands unter ökologischen Gesichtspunkten liegen. Gerade die **Erneuerung der Fassaden** (Wärmedämmung) birgt die Chance, eine Abwechslung zu den sonst oft gleichen Fassadengestaltungen der 60iger und 70iger Jahren zu schaffen, dabei gilt es Auswüchse zu verhindern. Die Stadt hat hier eine Vorbildfunktion, so können - verbunden mit kommunaler Öffentlichkeitsarbeit und Werbung- Arbeitsplätze für heimische Handwerker gesichert und geschaffen werden.

So sollen bei allen städtischen Gebäuden in einem ersten Schritt keine umweltbelastenden Stoffe wie PVC oder Aluminium mehr eingesetzt werden. Es soll nur noch **FSC-zertifiziertes Holz** benutzt werden (s. Umwelt). Ökologische und soziale Verantwortung sind untrennbar miteinander verbunden. Daher sind soziale Faktoren der Stadtentwicklung ebenso zu berücksichtigen: beispielsweise **generationenübergreifendes Wohnen**, das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen körperlichen und geistigen Fähigkeiten sowie Bauformen, die nicht auf die 2-Kind-Familie zugeschnitten sind. Dies bedeutet gerade bei begrenzten öffentlichen Mitteln nicht nur finanzielle Unterstützung. Gute Ideen sind oft ohne oder mit ganz geringem Kostenaufwand realisierbar. Die Grünen werden sich beispielsweise für eine **kommunale Wohnungstauschbörse** einsetzen. Vielen

älteren Menschen ist ihre Wohnung nach dem Auszug der Kinder zu groß, während junge Familien mit Kindern passenden Wohnraum suchen. Diese Menschen können durch eine Börse zusammengebracht werden. Bestehende Wohngebiete sollten in Mischgebiete mit Wohnen und Arbeiten werden, dabei ist auf sozialverträgliches Miteinander zu achten. Auch **Multinutzungen von öffentlichen Gebäuden**, wie zum Beispiel Kindergärten als Altenstuben müssen durchdacht und geplant werden, damit Kindergärten aufgrund des demografischen Wandels in 10 oder 20 Jahren ggf. als Seniorenzentren genutzt werden können. Ein Beispiel hierfür ist die Umnutzung des Schulgebäudes an der Bussardstraße (s. Alt & Jung, Schule).

Kaarst – fünf Ortsteile, fünf eigene Charaktere.

Kaarst

- Die Kaarster Grünen sehen in den nächsten Jahren Handlungs- und Gestaltungsbedarf in der Kaarster Stadtmitte. Dabei sollten die verschiedenen Aspekte und Projekte aus den Bereichen Schule/Bildung, Sport und Kultur berücksichtigt werden.
- Der **Kaarster Marktplatz** in der Stadtmitte hat eine zentrale Bedeutung. Die Grünen setzen sich für eine Überdachung des Marktes ein. Als Ort für Open-Air-Konzerte und andere Veranstaltungen böten sich die **Markthallen** ebenfalls an.
- Eine **Fußgängerquerung an der Maubisstraße** soll erneut geprüft werden.
- Der **Fahrradweg auf der Maubisstraße** muss verkehrssicher über die gesamte Straßenlänge ausgedehnt werden, die aktuelle Verkehrsführung ist unzureichend
- Eine Begrünung entlang der Gimesstraße würde diese Ortseingangsstraße deutlich attraktiver gestalten.
- **Grünzüge entlang der Autobahn** sollen für weiteren Lärmschutz sorgen.

Büttgen

- Eine **Nord-Ost Tangente**, wie von allen anderen Parteien befürwortet, **lehnen Die Grünen ab**.
- In Büttgen gilt es die bestehende Struktur zu pflegen, für den Büttgener Rathausplatz gilt: Gastronomiebetriebe sind durch gezielte Förderungsmaßnahmen in die Zentren zu ziehen, da sie das Geschehen beleben.
- Reich **begrünte Verweilorte** sind dafür ebenso notwendig wie nicht störende Spiel- und Sportmöglichkeiten. Alle Mittelpunkte sind so zu gestalten, dass auf den Plätzen auch Kulturveranstaltungen durchgeführt werden können.
- Die **Hubertusstraße** soll die Bebauung in Büttgen abschließen. Das innovative "Fünf-Höfe-Konzept" wurde allein und gegen den Rat von zahlreichen Fachleuten von der CDU aus einer kleinbürgerlichen Sicht abgelehnt und Büttgen der Chance beraubt sich innovativ zu entwickeln. Nun fordern wir zumindest eine fahrradgerechte Anbindung an das neue Wohngebiet und zeitgemäße Energiestandards.

Vorst

- Vorst braucht dringend ein **Jugendzentrum** in der neuen Ortsmitte
- Deshalb fordern Die Grünen die **schnelle Realisierung der Ortsmitte Vorst**. Die geplante Umgestaltung der Ortsmitte Vorst bietet die unmittelbare Chance, einen lebendigen Mittelpunkt zu schaffen.
- Um die **Eigenständigkeit Vorsts** zu stärken, sollte die **Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften in der Ortsmitte** forciert, insbesondere sollte der bestehende Lebensmittelnahversorger in die Ortsmitte verlagert werden.
- Die Freiflächen zwischen der Verbindung der Ortsteile Holzbüttgen und Vorst müssen bestehen, ein Korridor für den geplanten Grünzug muss erhalten bleiben. Dies ist wichtig, damit sich in Zukunft eine durchgehende **Grünvernetzung** zwischen dem Vorster Wald durch dieses „Nadelöhr“, über das Wasserwerk bis hinüber zur Freifläche zwischen Holzbüttgen und Büttgen erstrecken kann.
- **Eine Umgehungsstraße lehnen wir ab**, weitere Bebauungen würden unweigerlich folgen und die Menschen in Vorst weiter belasten.

Holzbüttgen

- Das Gebiet um die Regiobahnhaltestelle Stadtmitte/Holzbüttgen soll entwickelt werden, moderate Wohnbebauung ist ein erstrebenswertes Ziel.
- Weiter fordern wir die **Verlegung der Holzbüttgener Tennisplätze** (nahe der katholischen Kirche) in die Außenbereiche der Stadt, um hier hochwertigen Baugrund für eine gemischte Wohn- und Kleingewerbebebauung frei zu machen.
- Gleiches gilt für das **Gewerbegebiet Holzbüttgen-West**: In den nächsten Jahren sollen die brach liegenden Industrieflächen aufgekauft, die restlichen Unternehmen umgesiedelt und das Gelände zu einem Wohn- und Mischgebiet (Wohnen und Arbeiten an einem Ort) entwickelt werden.
- Das **Gewerbegebiet Hüngert-Süd** soll **ökologisches Gewerbegebiet** werden
- Eine **Fußgängerbrücke zwischen Kaarst-Süd und Holzbüttgen** über L390, Regiobahn und Nordkanal (z.B. im Bereich der Nobelstraße) könnte nicht nur symbolisch die Ortsteile vernetzen, sondern einen sicheren Schulweg bieten.

Driesch

- Driesch ist kein Siedlungsschwerpunkt, dies wollen Die Grünen auch weiterhin so halten. Zusätzliche großflächige Bebauung wie am Haindörnchen lehnen wir entschieden ab, der ländliche Charakter soll erhalten bleiben. Die Grenzen der Bebauung sind erreicht, weitere Bebauung in die freie Landschaft hinein lehnen wir ab. Auch eine Umgehungsstraße zwischen Driesch und Vorst lehnen wir ab.

Verkehr

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die menschengerechte und nicht die autogerechte Stadtgestaltung. Sicherheit für unsere Kinder ist wichtiger als eine Minute Zeitgewinn für Autofahrer!

Mit der Einführung der **Regiobahn** ist eine alte Grüne Forderung verwirklicht worden. Unter anderem aufgrund Forderungen der Grünen ist eine komplette Überarbeitung des Bus- und Bahnkonzeptes für Kaarst in Angriff genommen worden. Das derzeitige ÖPNV-Konzept weist in vielen Punkten Verbesserungen auf, doch muss das Angebot regelmäßig überprüft und der aktuellen Nachfrage angepasst werden, ebenso müssen neue Baugebiete miteinbezogen werden. Wichtig sind uns auch ein Angebot für „Nachtschwärmer“ und der Einsatz behindertengerechter Busse. Gerade das Angebot in den Abendstunden und am Wochenende muss trotz geringer Fahrgastzahlen aufrechterhalten werden, damit mehr Kaarsterinnen und Kaarster auf den ÖPNV umsteigen. Auch sind einige Ortsteile (z.B. der Nordwesten von Kaarst) nicht mehr bzw. noch nicht optimal an den ÖPNV angebunden, obwohl viele Kaarster werktäglich nach Düsseldorf pendeln. Hier soll eine erneute Überprüfung des ÖPNV-Netzes stattfinden, auch um Veränderungen in der Nachfrage zu erkennen.

Lärmschutz: wir fordern ein Lärmschutzkonzept für Kaarst. Verkehrslärm: s.a. Flughäfen(ausbau). Lärmschutz muss aber auch den Autoverkehr mit einschließen.

Ein **Mobilitätsbeauftragter** kann das zur Zeit bestehende Kompetenzgerangel zwischen VRR, BVR, SWN, Regio- und S-Bahn/DB entwirren und auch als Verbraucherschützer die Interessen der Kaarster gegenüber den Verkehrsunternehmen besser wahrnehmen und sich direkt mit Verbesserungsvorschlägen und Beschwerden bei den Unternehmen melden. Gleichzeitig vertritt er die Belange von Fußgänger/innen und Radfahrer/innen. Der Mobilitätsbeauftragte soll aus dem vorhandenen Stellenpotential der Stadtverwaltung ernannt werden. Die/der Beauftragte muss an allen Planungs- und anderen relevanten Entscheidungen beteiligt werden und die Interessen der Bus- und Bahn-Nutzer/innen und Radfahrer/innen vertreten, gegenüber der Öffentlichkeit, der Verwaltung und der Politik, wozu auch eine Präsenz in den Ausschüssen gehören sollte.

Fahrrad & FüÙe. Zweite Säule des Umweltverbundes sind die Fortbewegung zu Fuß und mit mechanischen Transportmitteln. Obwohl Kaarst die besten geographischen Voraussetzungen zur Entwicklung einer Radfahrkultur à la Niederlande bietet, liegt hier einiges im Argen. **Das Radwegenetz ist ein Flickenteppich**, hier haben Die

Grünen eine Befragung des ADFC aufgegriffen und in einem Antrag an die Verwaltung formuliert, dass das Kaarster Radwegenetz auf Schwachstellen hin untersucht werden soll. Das wollen Die Grünen durch eine Radwegeplanung verbessern, die es ermöglichen soll, auch kurze Wege schnell und sicher innerstädtisch zurückzulegen. Die Grünen fordern daher die **Ausweitung und konsequente Bestandspflege** (z.B. durch bessere Beschilderung) **des Rad- und Wanderwegenetzes** auf der Basis einer **vorausschauenden Radverkehrsnetzplanung**. Weitere alltagstaugliche Radwege sollten im Grünen abseits der Hauptstraßen angelegt werden. Eine Lücke, die beispielsweise geschlossen werden muss, besteht zwischen dem Wasserwerk und Kreisstraße 37 (Holzbüttgen-Büttgen). Dringender Bedarf besteht weiter an der Antoniusstraße, wo für RadfahrerInnen ein eigenständiger Radweg abseits als Alternative geschaffen werden muss und zwischen Rottes und Weilerhöfe, wo ein sicherer Übergang über die S-Bahnstrecke fehlt. Der **Fahrradweg auf der Maubisstrasse** muss dringend erweitert und durchgehend angelegt werden.

Grundlage der Bestandspflege ist das regelmäßige und schnelle Frei- und Sauberhalten von Rad- und Fußwegen. Hier sind eine stärkere Kontrolle des Parkens auf den Wegen und Abschleppen gefordert. Die Möglichkeit der Straßenverkehrsordnung, **Einbahnstraßen für Fahrräder** entgegen der Autofahrtrichtung freizugeben, muss überall dort, wo es ohne Gefährdung der RadlerInnen möglich ist, ausgeschöpft werden. Die Straßen Am Ortskern in Büttgen und Windvogt in Kaarst sind hierfür eindeutige Anwärter. Ebenso ist der Rahmen der Straßenverkehrsordnung auszuschöpfen, um RadfahrerInnen Vorfahrt einzuräumen.

Das Fahrrad und der ÖPNV ergänzen sich ideal. Damit die kombinierte Benutzung angenehmer gestaltet wird, sollten vermehrt diebstahl- und vandalismussichere **Fahrradboxen** an wichtigen Übergängen zu Bus- und Bahn angeboten werden (weitere Boxen am Kaarster Bahnhof, S-Bahn Büttgen). In der Innenstadt und an allen öffentlichen Einrichtungen müssen mehr und praktikablere Fahrradständer aufgestellt werden. Dies gilt umso mehr, als wir den Umstieg der Verwaltung vom städtischen Dienstwagen auf das (Dienst)fahrrad befördern wollen. Ampeln sind so zu gestalten, dass eine Querung in allen Richtungen möglich ist, wie zum Beispiel bei der L 390 Kreuzung K 4 N und in Höhe Ertstraße.

Die diskriminierenden Schilder „Radfahrer absteigen“ sollen nach Einzelfallprüfung i.d.R. abmontiert werden. Radwege wie z.B. an der Einmündung Büttger Str./Stakerseite und Heinrich-Hertz-Straße/Martinusstraße verstoßen gegen die Straßenverkehrsordnung und müssen umgebaut werden. Alle Radverkehrsanlagen müssen im Sinne der BiS-Untersuchung verändert werden. Laut ADFC sind bislang nur ein Teil der Vorschläge umgesetzt. Umbau der radfahrerfeindlichen Lichtzeichenanlagen v.a. an der Neersener Straße (alte B 7, jetzt L 390). Abbau der sog. „Drängelgitter“ (Umlaufschranken) v.a. am Kaarster See. Umbau der restlichen Bordsteinabsenkungen an Kreuzungen (z.B. am Kaarster Bahnhof)

Um das **Zu-Fuß-Gehen** angenehmer und sicherer zu gestalten, fordern Die Grünen, die Ampelphasen dem Tempo der Fußgänger/innen und nicht dem Fluss des Autoverkehrs anzupassen. Rufampeln sollten so geschaltet werden, dass sie den Überweg für Passant/innen sofort freigeben und nicht auf die Schaltung der Autoampeln abgestimmt werden.

An zahlreichen Straßen Kaarsts, so z.B. an der Maubisstraße, sind weitere **Überquerungshilfen** wie (zusätzliche) Mittelinseln, Zebrastreifen etc. unverzichtbar. Alle Umwegkreuzungen, die die Überquerung für Fußgänger/innen nicht in jeder beliebigen Richtung erlauben, müssen umgestaltet werden.

Derzeit ist im Gespräch für viele Millionen Euro den Bahnübergang an der Gümpkes Brücke gegen ein großes Brückenbauwerk über die Regiobahn und den Nordkanal abzulösen. Sofern dies für die Stadt Kaarst kostenneutral gelöst werden kann, bzw. nur mit ganz geringen Kosten verbunden ist, ist es wichtig einen angemessenen und einfachen Überweg für Fußgänger und Radfahrer zu errichten. Diese sollten durch die Planungen kein Nachteil erfahren.

Eine **zukunftsorientierte Verkehrsplanung** bedeutet für Die Grünen, dass auch neue Transportmittel wie Inline-Skater und Skateboards berücksichtigt werden. Sie haben heute bereits ihre Funktion als reine Sport- und Freizeitgeräte gewandelt und dienen ebenso der umweltschonenden Fortbewegung. Wir sehen darin eine erfreuliche Aneignung des öffentlichen Raumes, die in planerische Überlegungen miteinbezogen werden muss, um beispielsweise Konflikte zwischen Fußgänger/innen, Radfahrer/innen und Skater/innen zu vermeiden.

Verkehrsberuhigung

Die Grünen fordern, die Lasten des Autoverkehrs für die Bürger/innen zu reduzieren. Der Schlüssel dazu ist die **flächendeckende Verkehrsberuhigung** in allen Ortsteilen. Die Anwohner/innen der „großen“ Straßen müssen entlastet werden, daher dürfen Straßen wie die Antoniusstraße, wo viele Verkehre teils unübersichtlich parallel laufen nicht ausgenommen werden, andere Hauptverkehrsachsen, die keine Unfallgefahren bergen, können nach Einzelfallprüfung ausgenommen werden. Kreis- und Landstraßen sind in Absprache mit dem Kreis bzw. dem Land in die Beruhigung einzubeziehen. Umbaumaßnahmen wie Bodenschwellen, Fahrbahnverengung, Kreisverkehre, Querungshilfen etc. führen zu weiteren Geschwindigkeitsreduzierungen und leiten den Durchgangsverkehr zwanglos auf die bestehenden Umgehungsstraßen. Wegen der hohen Kosten sollten diese Maßnahmen allerdings besonders kritischen Stellen vorbehalten bleiben. Preisgünstig und daher an vielen Stellen leicht realisierbar sind Fahrbahnmarkierungen, die durch geschickte optische Effekte zu einer Verlangsamung des Tempos führen.

Straßen sollen wieder Lebensräume werden. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass mehr Straßen zu Spielstraßen umgebaut werden. Als ersten Schritt wollen wir die Ausweisung **aller Sackgassen als Spielstraßen** durchsetzen!

Alle zukünftigen Straßenbauprojekte müssen von **aktiver Bürger/innenbeteiligung** geprägt werden, wie wir sie oben skizziert haben. Positiv bewerten wir das in Einzelfällen praktizierte Verfahren der Stadtverwaltung, die planerischen Alternativen durch Aufsprühen auf die Straße für die Anwohner/innen sicht- und erfahrbar zu machen. Dabei sollen regelmäßige Begehungen mit den Bürger/innen durchgeführt werden und diese im Vorfeld durch eine Wurfsendung informiert werden.

Die Grünen haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder **gegen die geplante Nord-Ost-Tangente** im Norden Büttgens (zwischen L 154 und K 37) ausgesprochen. Die Schließung des Autoringes um Büttgen würde keine Verbesserung der Verkehrssituation mit sich bringen. Die Auswertung einer Verkehrserhebung ergab, dass die Hälfte der Fahrer/innen entweder Anwohner/innen oder Eltern sind, die die Grundschule anfahren. Diese Gruppen werden weiterhin den Weg durch die Römerstraße nehmen. Für die übrigen Autofahrer/innen wäre nur mit einem Zeitgewinn von maximal 1 Minute zu rechnen. Da keine Zuschüsse zu diesem Projekt zu erwarten sind – die Kosten werden mindestens 3 Mio. Euro betragen! -, müsste die Stadt Kaarst für die Summe allein

aufkommen. Die Grünen fordern, anstatt des Neubaus der Nord-Ost-Tangente weitere Mittel für die Verkehrsberuhigung der Römerstraße bereitzustellen. Durch die Verlegung des Radrennens ist es möglich geworden, bei einem anstehenden Umbau der Straße feste Baumscheiben zu installieren. Maßnahmen zur deutlichen Geschwindigkeitsreduzierung und zur Erhöhung der Sicherheit der Anwohner/innen, besonders der Kinder, sind notwendig. Die Durchfahrt durch Büttgen muss unattraktiv bleiben und in diese Richtung weiterentwickelt werden. Die Römerstraße kann den verbleibenden Verkehr grundsätzlich verkraften (nur ca. 2.000 Autos/Tag). Die Verkehrsberuhigung hilft den Anwohner/innen in kürzester Zeit und ist auch daher die adäquate Maßnahme.

Ebenfalls lehnen Die Grünen den Neubau der Schnellstraße ab, die als Umgehungsstraße Kleinenbroich mit der L 390 (alte B7) verbinden soll (**Ortsumgehung Vorst**). Vorst benötigt sofort wirksame bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung! Die geplante Straße würde den Verkehr in Vorst nur wenig reduzieren, da der Zeitgewinn marginal wäre und Zählungen ergeben haben, dass der meiste Verkehr nicht Durchgangsverkehr ist, sondern aus Vorst stammt bzw. dort sein Ziel hat. Dies schlägt sich in der derzeitigen Planung nieder, es sind fünf Vorster Anschlüsse an die Schnellstraße vorgesehen. Die Straße würde nicht nur keine Entlastung bringen, es steht sogar zu befürchten, dass sie zusätzlichen Verkehr und vor allem weitere Bebauung nach Vorst ziehen würde. Damit wären Lärm und Abgase nicht nur in Vorst, sondern zusätzliche Emissionen auch um Vorst herum und die Situation schlechter als derzeit. Die Grünen sehen die Lösung des Vorster Verkehrsproblems daher in der **stringenten Durchführung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen**. Doch darf nicht nur das Autofahren in Vorst unattraktiv werden, gleichzeitig sind die Alternativen massiv zu stärken. Lärmschutzbemühungen runden alle Verkehrsberuhigungsmaßnahmen ab.

Fluglärm. Es wird in Kaarst immer Fluglärm geben, das wussten alle Menschen, die in den 70iger, 80iger oder 90iger Jahren nach Kaarst zogen. Doch darf Kaarst nicht zur Hauptschiene des Flugverkehrs der Region werden. Ein gerechter Ausgleich ist anzustreben. Es muss ein generelles Nachtflugverbot für alle Flughäfen und strengere Grenzwerte für Fluglärm geben, dafür wollen wir uns auf allen politischen Ebenen einsetzen. Eine *Sankt Florians-Politik* lehnen wir jedoch ab. Einfach nur Flugrouten ein paar hundert Meter weiter zu schieben reicht nicht aus. Wir fordern von allen, die sich betroffen fühlen auch den ehrlichen Einsatz für die Verringerung des Fluglärms.

- Die Grünen haben im Jahr 2002 als erste Fraktion einen Beschlussvorschlag als **Stellungnahme gegen den Ausbau Mönchengladbach** in den Rat eingebracht.
- **Kritik und Anregungen von Bürger/innen** haben wir an unsere Landes- oder Bundesebene weitergeleitet
- Alle **Anfragen aus der Bürgerschaft** werden prompt und ehrlich beantwortet, nach bestem Wissen und Gewissen.
- Die Kaarster Grünen sind der Auffassung, dass **Flugbenzin besteuert** werden muss.
- Besonders **Billigflieger sind eine Katastrophe für unser Klima.**

Ausbau Verkehrslandeplatz Mönchengladbach

Wir als Kaarster Grüne lehnen den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach entschieden ab. Wir sehen darin zur Zeit die größte Gefahr durch eine zusätzliche Belastung (erstens durch den Fluglärm dort selber und zweitens durch frei werdende Kapazitäten in Düsseldorf). Wir befürchten eine erhebliche **Gefahr durch ein Luftkreuz**. Wir haben große Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Maßnahme und sind der Meinung, dass wir diesen Flughafen nicht brauchen. Eine klare Aussage, die wir als Grüne in Kaarst und im Kreis getätigt haben.

Sport & Freizeit – nachhaltig für alle Generationen.

Sport muss mehr sein als Prestigeprojekte. Deshalb fordern wir gezielte Förderung besonders im Jugendbereich. Große Fördersummen darf es nur geben, wenn handfeste Konzepte auf dem Tisch liegen (z.B. Radsporthalle Büttgen). Es darf nicht durch die Bindung an einzelne Projekte die breite Masse auf dem Trockenen liegen bleiben. **Der nicht vereinsorganisierte Sport muss mehr Möglichkeiten erhalten**, dazu gehört es auch, Sporthallen am Wochenende zu öffnen. Um den unterschiedlichsten selbstorganisierten Sportgruppen eine faire Chance auf Trainingszeiten zu bieten ist es erforderlich, dass freie Hallen- und Platzkapazitäten veröffentlicht werden.

Um sportliche Freizeitaktivitäten an vielen Orten der Stadt täglich zu ermöglichen, fordern Die Grünen die **Aufstellung weiterer Sportgeräte**, wie z.B. Basketballkörben, auf öffentlichen Plätzen, Schulhöfe bieten sich hierfür besonders an. An anderen öffentlichen Plätzen, wie zum Beispiel dem Altenpark in Holzbüttgen bietet sich auch die Möglichkeit eine **Boulebahn** anzugliedern. Ebenfalls soll ein **Generationenspielplatz** in Kaarst entstehen (s. Alt & Jung). Bei Umbaumaßnahmen sollen Wege und Plätze so gestaltet werden, dass diese auch inlinertauglich sind. Der Agenda 21 Prozess soll sich auf die Kaarster Sportvereine beziehen und in diesen gelebt werden, zum Beispiel durch Energiesparmaßnahmen, Fair Trade-Bälle oder Partnerschaften.

Ein öffentlich zugänglicher **Grillplatz** soll für die Menschen in Kaarst bereit stehen, die nicht die Möglichkeit haben, im eigenen Garten zu grillen, ein Standort ist gemeinsam mit den Bürger/innen abzustimmen, zu überlegen ist ein Standort an der alten Kläranlage, der im Rahmen der Umbauarbeiten geschaffen werden könnte.

Das **Schwimmbad Büttgen** soll langfristig attraktiver gestaltet werden, dabei sollen Spaßbadelemente, wie zum Beispiel eine Rutsche, Wasserdüsen oder ein Warmwasserbecken eingebunden werden, ebenso wie die großzügige Außenanlage. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten, abgestimmt auf bestimmte Zielgruppen (Senioren, Familien und Jugendliche) sind einzuplanen. Für Kinder und Behinderte soll der Eintrittspreis entfallen. Die Außenanlage samt **Beachvolleyballfeld** soll besser beworben werden.

Sportstätten und –hallen müssen in der Substanz gut erhalten bleiben und bei Erneuerungsmaßnahmen die Stadt als Vorbild in Sachen ökologischer Renovierung vorangehen (s. Förderung ökologisch und sozial verantwortlichen (Um)Bauens). (Jugend und Sport: s.a. Fun-Sportarten unter Stadtentwicklung)

Das **Gelände der alten Kläranlage** soll so hergerichtet werden, dass langfristig ein neuer Sportplatz dort entstehen kann, wenn der Bedarf vorhanden ist. Nach einer Abräumung könnte das Gelände kurzfristig mit Birken bepflanzt werden, bis ein ausgereiftes Konzept zur Nutzung vorliegt.

Ein **Neubau einer Zweifachturnhalle** an der Pestalozzistraße soll realisiert werden. Dabei steht bei einem Neubau der Fokus auf der Betrachtung der Folgekosten (Energie und andere Nebenkosten), die deutlich geringer sind als bei dem bestehenden Gebäude (bis zu 90% geringer) und weniger Flächen, die zu geringen Unterhaltskosten (z.B. Reinigungskosten) führen. Insgesamt ist ein moderner Neubau nicht nur aufgrund der Betrachtung der Folgekosten, sondern auch wegen der Konzeption zukunftsweisender Stadtplanung. Darüber hinaus soll ein **Anbau** (eine zweite Halle) als reine **Skater- und Multifunktionshalle** errichtet werden. Konzerte und andere kulturelle Großveranstaltungen könnten in einer solchen Halle stattfinden und eine Stadthalle ersetzen (**Multifunktionshalle**). Die Halle soll auch für offene Jugendarbeit zur Verfügung stehen und einen Beitrag zur Identifizierung Eine Cafeteria kann dabei mit einem lichtdurchfluteten und offenen Bau ein attraktiver Anlaufpunkt sein. Damit soll langfristig der **Sport in der Stadtmitte verankert** werden. Dabei sollte aufgrund der zur Zeit zentralen Beheizung der großen Gebäude in der Stadtmitte (Zweifachturnhalle, Rathaus, VHS, AEG, GGS Stakerseite) geprüft werden, ob ein **Blockheizkraftwerk** sinnvoll ist. Die restlichen Sportanlagen sollten auch langfristig in der Stadtmitte erhalten bleiben und bilden u.a. mit dem SG Kaarst Sport- und Gesundheitszentrum ein breit gefächertes Angebot. Dabei können sich die Grünen einen weitläufig angelegten **Sport- und Erholungspark** auf dem Gelände des jetzigen Ascheplatzes vorstellen, so dass dieses Areal in den Bereich der Stadtmitte eingebunden wird und mit einem kleineren Sportplatz und anderen sportlichen Bereichen (z.B. Boulebahn, Basketballkörbe, u.a.) und Aufenthaltsbereichen (kleine Grünanlage mit Möblierung) zum Verweilen einlädt und die Qualität der Stadtmitte aufwertet.

Nach der Übernahme der Stadt Kaarst (unterstützt durch Landeszuschüsse), das **Sportforum Kaarst-Büttgen** als Landesradsporthausleistungszentrum zu betreiben bzw. betreiben zu lassen, wird das Sportforum durch einen Trägerverein betrieben. Anfangs jährlich festgelegte Zuschüsse von 250.000 DM (128.000 €) stiegen in den letzten Jahren auf Zahlungen von rd. 258.000 €. Mehrfach wurde der Zuschuss erhöht und neue Bürgschaften gegeben. Nicht nur die Sporthalle, sondern auch das Internat (Hotel) und Restaurant ist **im Betrieb defizitär**. Die (außer)sportliche Nutzung des Sportforums ist durch einen nachbarschaftlichen Vergleich wg. Lärmbelastung auf vier Großveranstaltungen pro Jahr beschränkt. Die durch das Land gezahlten Zuschüsse sind zweckgebunden, d.h. wenn das Hotel überwiegend nicht-sportlich genutzt wird oder dem Landesradsporthaus keine Trainingsmöglichkeiten (kostenlos) zur Verfügung gestellt werden, müssen Zuschüsse an das Land zurückgezahlt werden. Gespräche mit dem Ministerium bzgl. eines Erlasses o. ä. sind negativ verlaufen. Realistisch wird das Sportforum Kaarst-Büttgen in den nächsten Jahren nur mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von 320.000 € zzgl. Investitionskosten zu betreiben sein. Es stehen noch erhebliche Renovierungsarbeiten aus, ein langfristiges Investitions-/Renovierungskonzept existiert nicht. **Die Stadt sollte aus dem defizitären Betrieb des Sportforums aussteigen** und durch eine Rückzahlung der Landeszuschüsse (ca. 700.000 Euro) und Bürgschaften (ca. 700.000 Euro) einen Schlussstrich unter die Geschichte des Sportforum ziehen. In den Folgejahren sollte der **Abriss der Halle** betrieben werden. Die Stadt subventioniert einen hoch defizitären Restaurant- und Hotelbetrieb, das kann nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein. Auch durch die Verpachtung des Restaurantbetriebes wird das Defizit nicht wesentlich sinken. Das Sportforum wird für den stadt eigenen Sport **nicht** zwangsläufig benötigt. Durch ein effektiveres Hallenmanagement können die vorhandenen Kapazitäten besser genutzt werden. Einzig die Realschule Büttgen betreibt noch drei (!) Wochenstunden Schulsport im Sportforum, damit ist das Sportforum für den Schulsport verzichtbar. Damit würden Rückzahlungen an das Land ebenso anstehen wie die Einlösung von Bürgschaften und in den Folgejahren ein Abriss der Halle. Das mittelfristig eingesparte Geld soll dann in die anderen Sportanlagen der Stadt investiert werden. Für die Grünen ist dies auch eine Entscheidung für den Sport in Kaarst.

Wirtschaft & Einzelhandel. Attraktiv und nachhaltig.

Weniger Show – mehr Inhalt. So kann man die Forderung der Grünen zusammenfassen. Bis heute haben CDU, SPD und FDP einen unproduktiven Verwaltungsapparat der Wirtschaftsförderung betrieben. Wir wollen keine weiteren großen Gutachten und Gefälligkeitsaufträge! Wir fordern vor Ort mit den kleinen und mittelständischen Betrieben zu reden und unbürokratisch die Probleme zu lösen. Das ist konkrete Wirtschaftsförderung, keine Diskussion ohne die Betroffenen am grünen Tisch. Die **weichen Standortfaktoren** (Sportanlagen, Kunst, Kultur, Familienfreundlichkeit) müssen besser publik gemacht und effektiver herausgearbeitet werden. Wirtschaftsförderung verstehen wir im Schwerpunkt als Dienstleistung für den Mittelstand.

Die Wirtschaftsförderung in Kaarst konzentriert sich bisher primär auf Einzelfallentscheidung und forciert immer wieder „Briefmarkenlösungen“ (s. Ikea, kein Stadtentwicklungskonzept). Durch dieses Vorgehen in kleinen Schritten **ohne zusammenhängendes Gesamtkonzept**, bleiben grundsätzliche Fragen in der Kaarster Wirtschaftspolitik unbeantwortet. So fehlt eine klare Kosten-Leistungsrechnung für die Arbeit der Stadtverwaltung bei der Neuansiedlung von Gewerbe, ob eine komplette Erschließung durch die Stadt (Hüngert) oder eine Erschließung durch die Eigentümer (An der Feuerwache) wirtschaftlicher ist. Auch fehlt es an einer politischen Vorgabe, welche Unternehmen in Kaarst und wenn ja, wo angesiedelt werden sollen. Allgemein gefasste Diplomarbeiten können hier nicht als Entscheidungsgrundlage dienen. Die Kommunalpolitik muss die Linie der Stadtentwicklung im Bereich Gewerbe und Einzelhandel vorgeben und auch mit konkreten Vorschlägen ausfüllen.

Daher fordern Die Grünen klare politische Aussagen ein. Wir wollen weg von der politischen Untätigkeit und hin zu verbindlichen Aussagen, die für die Bürger/innen und alle Gewerbetreibenden in Kaarst eine verlässliche Perspektive aufzeigen. Dabei muss nach Auffassung der Grünen der Gedanke des nachhaltigen Wirtschaftens im Vordergrund stehen und vorhandene Potentiale primär genutzt werden, bevor neue Gebiete erschlossen werden. Diese Aspekte sollen dabei die Entwicklung in den einzelnen Gebieten zusammenführen, für diese und die gesamte Wirtschaftsentwicklung in Kaarst einen Weg aufzeigen. Insgesamt ist ein **ökologisches Gewerbeflächenmanagement** nötig (s.a. Stadtentwicklung).

Bestandspflege und Neuansiedlungen. Der vorhandene Bestand muss im Kern gepflegt werden und soll weiterhin bestehen bleiben (Holzbüttgen-West bildet hier die Ausnahme), die Stadt soll Existenzgründern unterstützend zur Seite stehen. Kleine und mittelständische Betriebe bilden in Kaarst den Großteil der Gewerbebetriebe. Sie gehören zu der gewachsenen Struktur unserer Stadt und bieten nicht nur den Menschen in Kaarst Arbeitsplätze, sondern zahlreiche Dienstleistungen auf dem kurzen Wege an. Bestehenden Betrieben muss zukünftig stärker als bisher eine Planungssicherheit von Seiten der Stadt zugesichert werden. Werbegemeinschaften sollen besser als bisher in die Planung in den einzelnen Stadtteilen eingebunden werden. Eine gezielte Stärkung dieser Strukturen muss vorrangige Aufgabe vor der Neuansiedlung von Unternehmen sein. Neuansiedlungen in Gewerbegebieten dürfen nur noch an strenge bauliche und qualitative Auflagen gebunden sein. So wäre ein Modellprojekt mit Betrieben denkbar, die durch nachhaltiges Wirtschaften besonders auffallen (Öko-Audit).

Globalisierung in Kaarst. Auch vor den Toren der Stadt Kaarst hat die Globalisierung nicht halt gemacht, wie sich an den Beispielen der Ansiedlungen von L'Oreal und Ikea unschwer erkennen lässt. Jedoch darf ein solcher 'Global-Player' nicht durch seine Wünsche die Stadt bedrängen und die Planungen ad absurdum führen. Auch hier muss mit nachhaltigem Maßstab gemessen werden und die Frage des Kosten-Nutzen-Verhältnisses kritisch begutachtet werden, denn immer seltener ist der direkte Nutzen der Kommune in dem erwarteten Maße gegeben. **Regionales Wirtschaften** soll gestärkt werden (z.B. Wochenmärkte).

Einzelhandelsgutachten/-konzept. Die Menschen in Kaarst wollen eine mittlere kreisangehörige Stadt, die vor den Toren Düsseldorfs liegt, in der es sich gut und ruhig leben lässt und die an vielen Stellen immer noch ein **ländliches Flair** vermittelt. Den **Abfluss von Kaufkraft** wird auch selbst eine weitere Bebauung nicht aufhalten können, dafür ist die Lage der Stadt Kaarst mit zwei großen Autobahnen, der unmittelbaren Nähe zu Neuss, Düsseldorf, Mönchengladbach und Krefeld zu groß, eine Konkurrenz erscheint geradezu absurd. Dieser Trend wird durch den verbesserten Schienenverkehr, die Anbindung durch die Regiobahn und S-8 an Neuss und Düsseldorf verstärkt. Zur Shopping-Tour fahren die Kaarster/innen in die o.g. Städte und genießen dort eine Auswahl, die Kaarst nie wird bieten können und

die die meisten Menschen auch in Kaarst nicht vermissen, denn die Kaarster/innen haben nicht den Drang nach Urbanität, wie dies in einer Diplomarbeit zum Kaarster Einzelhandel dargestellt wurde. Lediglich eine Interessengruppe in der Politik jagt dieser Wunschvorstellung nach. Die Nachteile (Verkehr und Lärm), die eine zunehmende Urbanisierung mit sich bringt, werden ausgeklammert. Die Richtung, dass Bewohner für den Einzelhandel angesiedelt werden müssen halten Die Grünen für den falschen Weg.

Einzelhandel in der Stadtmitte Kaarst – Maubisstrasse. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird es aufgrund der demographischen Entwicklung in unserem Land schwerwiegende Veränderungen geben, ein Einwohnerzuwachs wäre nur durch eine überdurchschnittlich hohe Bautätigkeit zu attraktiven Konditionen zu gewährleisten. Tatsächlich wird jedoch die Einwohnerzahl von Kaarst, aufgrund der gewachsenen Strukturen in den letzten Jahrzehnten sinken, das Durchschnittsalter zunächst ansteigen, um dann auf eine Normalverteilung einzupendeln und der Pro-Kopf-Wohnraum immer größer werden. Daher kann es nur im langfristigen Interesse des Kaarster Einzelhandels liegen, die bestehende Struktur zu pflegen und bewerben. Ein zusätzliches großes Angebot an Einzelhandelsfläche im Bereich Stadtmitte, Maubisstrasse, oder gar der Ausbau zum fast legendären „Maubis-Boulevard“ würde die heutige Situation nur noch verschlimmern. Dauerhaft leere Ladenlokale in den Rathaus-Arkaden sind ebenso an der Tagesordnung wie eine auffällige Kurzlebigkeit von Geschäften. Wer, wie die CDU, Einzelhandelschwerpunkte mit Discountern aufbaut (Kaarster Westen und Kaarster Osten), für die Betriebe in Kaarst keine Planungssicherheit schafft und nicht sagt, wo sich die Stadt hinentwickeln soll, der darf sich, eingebettet in eine schlechte konjunkturelle Lage, nicht wundern, dass Wirtschaftsförderung nicht mehr als ein Begriff auf einem Blatt Papier ist und seit fünf Jahren im zuständigen Ausschuss Stillstand herrscht. Daher plädieren Die Grünen in Kaarst für eine **Beibehaltung der Einzelhandelsgröße in der Kaarster Stadtmitte**, schlagen jedoch eine intensivere Werbung und Pflege durch die Stadt vor. Dabei ist mittelfristig ein einheitliches Bild von Maubiscenter und den Rathaus-Arkaden, auch durch Einbeziehung der jetzt noch bebauten Flächen an der Alten Heerstraße erstrebenswert.

Visionen für die Stadtmitte?!

Die Kaarster Grünen sehen in den nächsten Jahren Handlungs- und Gestaltungsbedarf in der Kaarster Stadtmitte (rund um das Rathaus, die Dreifachturnhalle, die VHS und die Schulen, auch wenn dies nicht der geografische Mittelpunkt ist). Dabei sollten die verschiedenen Aspekte und Projekte aus den Bereichen Schule/Bildung, Sport und Kultur berücksichtigt werden. **Grundsätzlich soll eine Stadtmitte ein Ort der Identifikation und des Lebens einer Stadt sein.** Bei den anstehenden Projekten der nächsten Jahre sind besonders die Dreifachturnhalle, die GGS Stakerseite und das AEG zu nennen und muss bei allen Planungen der Gesamtkontext gesehen werden. Die Grünen haben hierzu mehrfach Stellung bezogen und ein **Konzept für die gesamte Stadtmitte** entworfen.

Einzelhandel in Vorst, Holzbüttgen und Büttgen. Die Einzelhandelssituation in den anderen Stadtteilen ist nach Auffassung der Grünen ausreichend und sollte im bestehenden Rahmen gepflegt werden. Die Stadt sollte bei einzelnen Lücken im Versorgungsnetz gezielt helfen. Im Rahmen der Neugestaltung der Ortsmitte Vorst sollten primär mit dem vorhandenen Einzelhändler Gespräche geführt werden. Einen Discounter für Büttgen lehnen Die Grünen ab und sind der Auffassung, dass ein solcher noch mehr Kaufkraft aus dem Zentrum ziehen und den bestehenden Einzelhandel v.a. in der Nordhälfte Büttgens im Ergebnis nur schwächen würde.

Gewerbegebiet Holzbüttgen-West. Wie bereits im Jahre 1999 von Seiten der Grünen Fraktion vorgeschlagen, befürworten Die Grünen auch weiterhin eine Gesamtlösung für das Gewerbegebiet Holzbüttgen West unter Federführung der Stadt Kaarst. Stadtplanung ist eine genuin kommunalpolitische Aufgabe und darf nicht, wie durch einen Beschluss des Stadtrates geschehen, an Unternehmen übertragen werden. Die CDU wartet hier darauf, dass die Unternehmen die Aufgaben der Stadtplanung für sie erledigen, dabei muss gerade die Stadt in diesem Bereich aktiv werden. Ziel muss es sein, die vorhandenen und zum Großteil wenig bis gar nicht genutzten Flächen der ehemaligen Gewerbe Thienelt und Stapelmann, ebenso wie die Flächen der noch betriebenen Gewerbe Pötschke, BSG und der Autoverwertung durch eine Umsiedlung zusammenhängend der Wohnbebauung und Grünvernetzung zugänglich zu machen. Die Grünen halten die Neuansiedlung von lärmendem Gewerbe, eingebettet von Wohnbebauung und wenig belastbarer Infrastruktur für nicht zukunftsweisend. Vielmehr sollte an solch exponierter Stelle Wohnungsbau mit leisem Gewerbe in Nähe der Regiobahn forciert werden.

Gewerbegebiet Hüngert. Im Gewerbegebiet Hüngert sollten die noch freien Flächen hinsichtlich einer evtl. Umsiedlung der Gewerbe aus Holzbüttgen-West hin überprüft werden. Im Bedarfsfall wäre eine Erweiterung des Gewerbegebietes nach Süden, wie bereits im GEP dargestellt, möglich. Dabei ist ein neues Gewerbegebiet als Zukunftsmodell auszuweisen, Die Grünen fordern hier eine Erschließung als **Öko-Gewerbegebiet** mit ökologisch ausgerichteten Unternehmen und Standards.

Die Grünen verbinden den Neubau einer Brücke zur Querung der Regiobahngleise und des Nordkanals im Bereich des Gewerbegebietes Hüngert mit der Hoffnung, dass das neu entstehende Gewerbegebiet (Hüngert II) unter ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten hochwertig und nachhaltig wird. Einerseits soll so eine Bodenvorratspolitik betrieben werden, die es der Stadt ermöglicht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten innovative Unternehmen in der Stadt anzusiedeln, andererseits soll durch eine gezielte Steuerung verhindert werden, dass zum Beispiel großflächiger Einzelhandel entsteht oder Fläche an Speditionen o.ä. verkauft wird. Die Verkehrsanbindung des Brückenbauwerks soll gezielt auf die Bedürfnisse von Radfahrern und Fußgängern abgestimmt werden, diese dürfen nicht durch die zu erwartenden Autoverkehrsströme benachteiligt oder gar gefährdet werden.

Gewerbegebiet Kaarst-Ost. Das Gewerbegebiet Kaarst-Ost wird vor neue Herausforderungen gestellt, wenn Ikea seinen Standort Kaarst evtl. aus dem Stadtgebiet verlagert. Hier ergibt sich für die Stadt weiteres Entwicklungspotential ohne neue Flächen versiegeln zu müssen.

Verwaltung & Finanzen – Modernisierung überfällig

Mit der Einführung des **Neuen Kommunalen Finanzmanagements** im Rahmen der Umbau der Verwaltung, die in den 90iger Jahren unter dem Stichwort neue Steuerungsmodelle begann und der damit einhergehenden Umstellung der Kameralistik auf die doppelte Buchführung und vielen anderen Elementen, wird Finanzpolitik transparenter und besser steuerbar. Das muss sich die Politik zu eigen machen und die Bürger stärker „ins Boot holen“, **Stichwort Bürgerhaushalt**, denn bei zunehmend strukturellen Finanzproblemen kommt auch die Stadt Kaarst nicht daran vorbei, Prioritäten zu setzen. Wir wollen nicht auf dem Ticket unserer Kinder und Enkel fahren, sondern heute Schulden abbauen. Wir verstehen den Rat nicht als Gremium, das von „oben herab“ Politik macht, sondern mitten in der Bürgerschaft steht, in den letzten Jahren haben wir uns immer wieder für eine **Stärkung der Bürgerbeteiligung eingesetzt und Bürgerforen, Rederecht in Ausschüssen** und andere Maßnahmen gefordert. Es liegt den Grünen am Herzen, gerade bei Planungsfragen, zu den Menschen zu gehen und gemeinsam mit den Menschen die Verkehrsberuhigung, die Bepflanzung, den Spielplatz oder eine andere Einrichtung zu planen. **Politik und Verwaltung sollten sich noch mehr als Dienstleister für alle Menschen in Kaarst sehen.** Die Verwaltung soll dabei mit neuem Selbstverständnis arbeiten und sich als Angestellte ihrer Kunden, den Bürger/innen verstehen. Dabei soll die Stadt in einem besonderen Maße auch als Vorbild vorangehen und **behindertengerechte Arbeitsplätze** in der Verwaltung anbieten. Dabei ist es selbstverständlich, dass alle öffentlichen Gebäude behinderten gerecht gestaltet sind.

Die Grünen stellen sich gegen den Trend der zunehmenden Privatisierung aller Dienstleistungen. Die Daseinsvorsorge muss strikt ausgenommen bleiben, d.h. das Wasser- und Gasnetz, aber auch die öffentlichen Straßen und Gebäude sollen im Eigentum der Öffentlichen Hand bleiben. Die Kaarster Stadtwerke, dessen Gründung die Kaarster Grünen sehr unterstützt haben, machen vor, wie eine Stadt sich auch wirtschaftlich erfolgreich betätigen kann. Dies soll auch auf den Strombereich ausgedehnt werden. Dann ergibt sich die Möglichkeit für die Kaarster Bevölkerung, mehr Ökostrom zu forcieren. (s. Umwelt/Energie, Stadtwerke)

Korruption ist ein leidiges Thema, viele Menschen winken sofort ab und sagen „bei uns doch nicht“. Es gibt überall „schwarze Schafe“ und aus diesem Grund gilt für Politik und Verwaltung: Transparenz schaffen und sichern. Desto weniger gemauschelt und geklüngelt wird, desto weniger bietet sich die Chance, am regulären Weg vorbei Geschäfte zu tätigen. Die Grünen stehen für eine ehrliche Politik und lehnen jegliche undurchsichtigen Konstruktionen ab. Für mehr Transparenz fordern die Grünen regelmäßige Berichte der städtischen Vertreter/innen über die Gremien, zu denen nicht alle Ratsfraktionen Zugang haben.

Schulden sind ein zunehmendes Problem in unserer Gesellschaft, schnell ist der Dispo ausgereizt, Geld geliehen und sind Sachen verpfändet. Auch in Kaarst kämpfen Menschen mit der „privaten Insolvenz“, die Stadt bietet hier durch die Schuldnerberatung eine Anlaufstelle an, diese soll bei Bedarf auch verstärkt werden können und die Menschen vor einem „Abrutschen“ bewahren und unterstützen. Weitere Beratungsangebote der Stadt sollten sich im Bereich der Rechtsberatung und der Energieberatung erstrecken (s. auch Umwelt/Förderprogramme). Neubürger/innen sollten von der Verwaltung ein Gutscheinheft für Kaarster Institutionen erhalten, damit diese schnell unsere Stadt kennen lernen und am Gemeindeleben teilhaben können.

Finanzen sind ein Thema, das in den letzten Jahren immer wieder zu harten politischen Auseinandersetzungen geführt hat, denn die Vorstellung der Grünen, wo welche Mittel eingesetzt werden, unterscheidet sich von dem, was die große Koalition aus CDU, SPD und FDP die letzten Jahre gefordert hat. Das zeigt sich an den Investitionsmaßnahmen, die alle deutlich wurden und geworden sind durch die unkontrollierte Bebauung in unserer Stadt.

Wir wollen die Ausgaben für laufende Kosten so gering wie möglich halten, Ansatzpunkte sind hier die Kosten für Energie (Strom, Wasser, Gas), die in den letzten Jahren gestiegen sind. Andere Städte schaffen es, immer weniger Energie zu verbrauchen, in Kaarst schöpfen wir aus den Vollen und verbrauchen immer mehr, ein Trend, der sofort umgekehrt werden muss (s. Umwelt/Energie). Die Stadtverwaltung soll Vorbild sein im Bereich der Teilzeitbeschäftigung und der beruflichen Weiterbildung. Eine strikte **Kosten-Leistungs-Rechnung** muss die entstandenen Kosten von Verwaltungshandeln darlegen, aufgrund dieser Berechnung müssen alle Leistungen überprüft werden. Mit über 18 Mio. EUR jährlich

ist der Ansatz für die **Personalkosten** bei einem Gesamthaushalt von ca. 75 Mio. EUR zu groß. Die Stadtverwaltung soll Vorbild sein im Bereich der Teilzeitbeschäftigung und der beruflichen Weiterbildung.

Ausbildungsplatzförderung. Ausbildungsplätze marktorientiert fördern! Eine Ausbildung im nicht-technischen gehobenen Dienst ist sehr spezialisiert. Aufgrund der heutigen Finanzlage der öffentlichen Verwaltungen werden immer mehr Stellen eingespart, eine kurz- bis mittelfristige Änderung ist nicht abzusehen. Aufgrund des sehr speziellen Ausbildungsprofils ist eine Übernahme in der freien Wirtschaft nur schwer zu erreichen. Daher sollten nur noch Auszubildende im nicht-technischen gehobenen Dienst ausgebildet werden, die auch realistisch eine Chance auf Übernahme in der Kaarster Stadtverwaltung haben. Die eingesparten Mittel sollen im Rahmen einer Förderung von Ausbildungsplätzen in der freien Wirtschaft eingesetzt werden. Durch eine Kooperation besteht eine verbesserte Übernahmechance für die Auszubildenden, außerdem wird so einer evtl. Ausbildungsplatzabgabe entgegengewirkt. Ausbildungsunternehmen sollen, soweit diese das Vergaberecht zulässt, bei Vergaben bevorzugt werden.

Eine wesentlich **langsamere Grundstückspolitik** fordern Die Grünen von der Stadt. Die Zeiten, als Ackerland schnell zu Bauland umgewandelt und so das Stadtsäckel ausgeglichen wurde, müssen vorbei sein. Nun geht es daran, langfristig den Haushalt auch ausgeglichen zu gestalten, was bei der derzeitigen Bundes- und Landespolitik schwer möglich ist, die sich nur über Kredite finanziert. Hier fordern die Grünen eine Politik, die ihr Augenmaß mehr auf die angespannte Situation der Kommunen richtet. Für Kaarst heißt das: das Schuldenniveau wieder senken und langfristig ganz abbauen (Maßnahmen dazu, s.o.)

Die Grünen wollen **bürgerschaftliches Engagement unterstützen** und freiwillige Leistungen im Jugend-, Sport- und Sozialbereich aufrechterhalten und honorieren.

Mit den Veranstaltungen im Frühjahr 2004 zum Haushalt 2004 machte die Verwaltung erste zarte Gehversuche in Richtung **Bürgerhaushalt**. Diese Bemühungen unterstützen wir ausdrücklich und fordern eine noch breitere Einbindung der Bürger in die Planungen des Haushalts, damit die Bürger auch für die schwierige Lage sensibilisiert werden. Im Rahmen der Einführung des NKF fordern Die Grünen die Ausweisung eines **ökologischen Haushaltsplanes**, der gesamte Haushalt muss sich an ökologischen Maßstäben messen lassen. Der Haushaltsplan soll auch im Internet leicht abrufbar sein.

Feuerwehr & Sicherheit. Die Grünen begrüßen ausdrücklich, dass die Stadt Kaarst endlich, mit etwaachtjähriger Verspätung, einen **Brandschutzbedarfsplan** erarbeitet. Dabei sehen die Grünen das von der Feuerwehr vorgelegte Fahrzeugkonzept als eine gute Grundlage bis zum Jahr 2020 in Kaarst für eine adäquate Fahrzeugausstattung der Kaarster Feuerwehr zu sorgen. In Sachen Personalpolitik wollen die Grünen die freiwillige Feuerwehr Kaarst in dem Bemühen unterstützen, möglichst lange eine ehrenamtliche, **freiwillige Feuerwehr** zu bleiben. Sollten die Anforderungen nicht mehr ehrenamtlich zu leisten sein, sprechen sich die Grünen aufgrund der enormen Sicherheitsbedeutung für eine hauptamtliche Unterstützung aus, die dann konkretisiert werden muss. Bis dahin soll die Feuerwehr Kaarst bei der Suche von neuen Mitgliedern unterstützt werden. Mit dem Neubau der Feuerwache Kaarst hat die Stadt eine gute Grundlage für die Sicherheitsanforderungen der Bürger/innen geschaffen. Nun gilt es die teilweise eklatanten Mängel im Gerätehaus Büttgen zu beseitigen. Daher setzen sich die Grünen einerseits für eine schnelle Beseitigung der größten Mängel (Sanitäreinrichtungen und Sicherheitsfragen bei der Ein- und Ausfahrt, z.B. durch provisorische Container) und andererseits für die Planung und rasche Realisierung eines **neuen Gerätehauses in Büttgen** (an einem neu zu findenden Standort) aus. Ein solcher Neubau soll den gestiegenen Anforderungen an die Feuerwehr Rechnung tragen, die Sicherheit der Feuerwehrfrauen und -männer gewährleisten und langfristig den Brandschutz in dem vom Löschzug Büttgen abgedeckten Stadtteilen (Vorst, Driesch, Holzbüttgen und Büttgen) genügen.

Querschnittspolitik. Grüne Grundsätze für Kaarst.

Frauen. Frauenpolitik ist für uns Querschnittspolitik, in allen Politik- und Lebensbereichen sind Frauen bei uns gleichgestellt und haben die gleichen Chancen und die gleiche Verantwortung. Frauen nehmen ihren Lebensraum ganz anders wahr, dies muss bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden. Eine weitere Stärkung der Gleichstellung ist für uns selbstverständlich, deswegen gibt es kein separates Frauenkapitel, sondern Frauen treffen alle Entscheidungen gleichberechtigt bei den Grünen mit.

Schwulen und Lesben. Wir wollen auch im dörflichen Flair von Kaarst ein tolerantes Klima und setzen uns für die Gleichbehandlung von Schwulen und Lesben in Kaarst in allen Lebensbereichen ein.

Behinderte. Wir fordern die Gleichberechtigung von behinderten mit nicht-behinderten Menschen und sehen dies ebenfalls als Querschnittsaufgabe an, die alle Politikfelder durchzieht. Ob bei der Stadtplanungs- und Verkehrspolitik oder der Schulpolitik, fordern wir hier eine Gleichbehandlung und Beachtung bei politischen Prozessen.

MigratinInnen

Wir Grünen stehen für eine Kultur des Respekts vor den kulturellen Unterschieden in unserer Stadt und für ein friedliches Zusammenleben aller. Kulturelle Unterschiede begreifen wir als Chance, nicht als Hindernis. Integrationsarbeit ist als gegenseitiger Prozess zu verstehen.

Wir treten für eine Integration von Flüchtlingen und deren gleichberechtigte Teilnahme am Leben in unserer Stadt ein. Dazu muss das bereits beschlossene Zuwanderungsgesetz weiter umgesetzt und fortgeschrieben werden. Wir möchten auch die Integrationsfähigkeit von Deutschen fördern. Integrationsarbeit ist darüber hinaus als Querschnittsaufgabe aller Bereiche der Kommunalpolitik zu verstehen

Neben der Versorgung mit Wohnraum sind das Beherrschen der deutschen Sprache, schulischer Bildung und Ausbildung sowie eine Erwerbsarbeit die wichtigsten Integrationsfaktoren, die wir in unserer Stadt umsetzen möchten.

Soweit hier kommunale Handlungsspielräume bestehen wollen wir diese im Sinne der Flüchtlinge vor allem der Kinder und Jugendlichen voll ausschöpfen. Junge Flüchtlinge sollen gleichrangigen Zugang zum Ausbildungssystem erhalten und eine begonnene Ausbildung ohne Furch vor Abschiebung beenden können.

Flüchtlinge brauchen die Unterstützung durch unabhängige Beratung, die sowohl Hilfe im Einzelfall anbietet, als auch im Rahmen einer gemeinwesenorientierten Arbeit eine Mittlerrolle einnimmt zwischen den Flüchtlingen und ihrem sozialen Umfeld.

Dies bedeutet für die Grünen der Stadt Kaarst:

- Wir stehen für eine angemessene Förderung der interkulturellen Arbeit der Ausländervereine.
- Wir wollen die Sprachkompetenz fördern, dabei die Angebote effizienter machen. Zweisprachigkeit von Kindern und Jugendlichen soll zum Beispiel durch entsprechendes Personal in den Kindertagesstätten gefördert werden.
- Wir werden uns bei den Angeboten der Offenen Ganztagsgrundschule für spezielle Angebote für Kinder mit Migrationshintergrund einsetzen.
- Wir werden bei der Einstellung städtischen Personals darauf hinwirken, dass mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigt werden.
- Beim Bürgerservice und besonders bei Beratungsangeboten der Stadt sollen bei Bedarf Übersetzerinnen und Übersetzer zur Verfügung stehen.
- Wir werden insbesondere die Arbeit von und mit ausländischen Frauen und Müttern unterstützen.
- Wir fordern Projekte zur Gewaltprävention.
- Wir setzen uns für die menschenwürdige, dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ein und wir werden Organisationen, Gruppen und Einzelne unterstützen, die Menschen helfen, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben.
- Wir treten für ein bedarfsgerechtes und leicht zugängliches Angebot an Deutschsprachkursen ein.

- Wir fordern die Einführung der Schulpflicht anstatt des bloßen Schulrechts für geduldete Kinder und Jugendliche.
- Wir fordern eine Beratungsstelle für eine Rechtsberatung und soziale Belange für Migrantinnen und Migranten in Kaarst.
- Wir fordern die Einsetzung eines Ausländer- oder Integrationsbeirates
- Orientierungskurse z.B. bei der VHS sollen angeboten werden (Kultur, Grundwerte, Sprache, etc.)
- Die Stelle eines Integrations- oder Ausländerbeauftragtenr soll in der Verwaltung geschaffen werden, als zentrale Anlaufstelle
- Ein städtisches Angebot könnten Stadtrundgänge für Migrant/innen sein

Migarten: muttersprachliche Gesundheitsangebote...

Eine Welt-Politik – auch in Kaarst?

Die Londoner Financial Times stellte fest, dass de facto eine Weltregierung existiert – gebildet aus transnationalen Unternehmen, Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Welthandelsorganisation. Eine Regierung allerdings, die ohne demokratische Legitimierung über das Schicksal von Milliarden Menschen entscheidet (Globalisierung, Wirtschaftsentwicklung und damit Reichtum, Armut).

Dies hat auch massive Auswirkungen auf jeden einzelnen von uns, auf die Stadt Kaarst und ihre Bewohner. Daher ist es wichtig, auch im bescheidenem Rahmen der lokalen Möglichkeiten Dinge aufzuzeigen und Menschen zu informieren. Das stärkt bürgerschaftliches Engagement in globaler Verantwortung – eine kleine Antwort auf die Herausforderungen des globalen Wandels.

Fair Trade – Agenda 21. Immer noch ein Fremdwort?

Fair gehandelte Produkte (zum Beispiel Kaffee, Tee, aber auch Kleidung) zeigen den Grundsatz „global denken – lokal handeln“ am besten, durch die Überwachung der Handelsstrukturen wird den Produzenten vor Ort ein fairer Abnahmepreis garantiert und diese vor Ausbeutung geschützt. Dieser Preis liegt natürlich höher als der der allgemeinen Welthandelsmarken, somit muss der Verbraucher hier auch einen höheren Preis zahlen, trägt damit aber zu einem kleinen Teil mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel bei.

Kaarst braucht eine neue Städtepartnerschaft. Dabei machen sich die Grünen stark für eine Partnerschaft mit einer Stadt in einem Entwicklungsland oder mit einer Stadt in Osteuropa um den Europäischen Gedanken zu stärken.

Hierbei soll ein reger **Schüleraustausch** stattfinden, gleichzeitig eine Schulpartnerschaft, denkbar wäre ein Emailverkehr in Landessprache und gleichzeitig eine Arbeitsgemeinschaft in der Schule hierzu, Training in Fremdsprache und Umgang mit neuen Medien. Auch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein Erfahrungsaustausch zur lokalen Agenda 21 und die Einladung von Menschen aus der Partnerstadt sind Maßnahmen, die Die Grünen unterstützen würden.

Die Stadt soll eine **Faire Woche für Kaarst** alle zwei Jahre initiieren und unterstützen in Zusammenarbeit mit den in der Eine-Welt-Arbeit vor Ort tätigen Personen und Vereinen. Dabei könnte auf dem Programm stehen: faires Frühstück, Promis verkaufen fair gehandelte Waren, lokale Werbekampagne, Schultüten mit

fairem Inhalt, St. Martin fair-teilt, Schokoproben an Schokoticket-Inhaber, Kaffeeprobetrinken im Supermarkt (mit-) organisieren.

Die Grünen unterstützen Projekte wie „**Big friends**“ oder „**Tagwerk**“. Dabei bieten sich Jugendliche für einen Tag als Arbeitskraft für einen guten Zweck an, der Erlös geht zum Beispiel an ein Straßenkinderprojekt. Die Elisabeth-Selbert-Realschule in Büttgen praktiziert dies bereits.

Mittel für die Entwicklungshilfearbeit vor Ort. Das Land NRW bietet jedes Jahr Mittel für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit an. Diese Mittel sollen für Projekte in Kaarst aus städtischen Mitteln aufstockt werden, wenn der Bedarf vorhanden ist. Die Stadt soll offensiv bei allen beteiligten Gruppen Werbung machen für diese Mittel.

Ausländische Kulturtage. Viele Nationen – Eine Stadt soll ausgebaut werden und Konzertreihen anbieten, „Kaarst trifft die Kulturen der Welt“. So könnten zum Beispiel Eine-Welt-Tag(e) mit Autoren-Lesungen, ein afrikanischer Filmtag oder Workshops angeboten werden.

Fair gehandelte Fußbälle (fair play – fair pay) - mit Sponsorenhilfe und Unterstützung der Stadt sollen die Kaarster Schulen und Fußballvereine mit fair gehandelten Bällen ausgestattet werden.

Ein **Trödelmärkte für einen guten Eine-Welt-Zweck. Faire Kamelle** – auch der Prinz macht mit – und die Stadt spendet für Karneval. Keine städtische Veranstaltung (Pfarrfest, Bazar, Jubiläum, Schulfest) ohne Transfair-Produkte. **Mehr Werbung für Eine-Welt-Läden** (Plakate, Hauswurfsendungen, Zeitungsannoncen) mit Fair-Kostung von Kaffee, Tee, Schokolade. Ein Einkaufsführer für faire Lebensmittel – all das und vieles mehr fordern Die Grünen von der Stadt, die mit gutem Beispiel vorangehen und das Thema Eine Welt mehr in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen sollte.

Stadt soll Mitglied bei Oikocredit werden. Oikocredit ist eine internationale Genossenschaft, die sich für weltweite Gerechtigkeit einsetzt, indem sie Kirchen und andere motiviert, ihre Rücklagen sozial verantwortlich zu investieren und damit benachteiligten Menschen durch Kredite eine Chance auf wirtschaftliche Eigenständigkeit zu geben. Vorbild für Kaarst: 1 Cent pro Einwohner (420 Euro).